

Bezugspreis: Für den Monat Januar 1923 M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Sonntag, den 14. Januar 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Der Protest des Reichstages.

Der Reichstag hat gestern mit 283 gegen 12 Stimmen bei 16 Enthaltungen folgenden Protest gegen den Friedensbruch an der Ruhr beschlossen:

Der Reichstag erhebt gegen den Rechts- und Vertragsbruch der gewalttätigen Besetzung des Ruhrgebietes feierlichen Protest.

Das deutsche Ruhrgebiet ist mit Krieg überzogen. Alle Vernichtungsmittel, die ein modernes Heer ausbringen kann, wurden zusammengezogen, um die „friedliche“ Mission Poincarés zu unterstützen.

Ein durch vier lange Kriegs- und Hungerjahre zermürbtes Volk, das durch vier weitere Jahre des Darbens und der Verelendung noch mehr in seiner Widerstandsfähigkeit beschränkt worden ist, könnte nicht der brutalen Gewalt mit gleicher Gewalt begegnen, selbst wenn es wollte und nicht entwässert wäre.

Das ist die Lage, die gestern im Reichstag zu beklagen war. Im Reichstag, der heute der Träger der staatlichen Souveränität ist. Eine einmütige Kundgebung gegen Friedensbruch und Rechtsverletzung, gegen die militärischen und annexionspolitischen Bestrebungen, die an der Ruhr mit brutaler Offenheit sich zeigen, erscheint als das von selbst Gegebene.

Wer im Glashaufe sitzt, darf nicht mit Steinen werfen. Und der Protest der Deutschnationalen bis weit in die Kreise der Volksparteier hinein klingt, so erblich er gemeint ist, doch hohl, weil diese Kundgeber nicht reinen Gewissens sind.

Zweifellos stand der Reichstag bei der ergreifenden Ansprache seines Präsidenten und, während der Reichskanzler die Erklärung der Regierung verlas, unter dem Banne der Gefahr, die dem deutschen Wirtschaftsleben und dem Frieden droht.

Gebiete freuen; die es mit ihrem vaterländischen Sinn vereinbar finden, dem Staate die notwendigen Steuern so lange vorzuenthalten, bis sie beim Sturz der Mark auf einen Bruchteil entwertet sind.

So mannhafte deshalb auch die Erklärung klingt, die Stresemann für den bürgerlichen Block abgab — die Opfer, die durch den französischen Gewaltfriede dem deutschen Volke auferlegt werden, hat in erster Linie die Arbeiterklasse zu tragen.

Unsere Massenversammlungen.

Der Groß-Berliner Bezirksvorstand der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei beantragt für sämtliche Versammlungen des heutigen Tages folgende Entschliessung:

Die Zerschlagung der deutschen Wirtschaft und damit der Existenz vieler Millionen fleißiger und friedliebender Menschen steht durch die sinnlose, völkerrechtswidrige Besetzung großer Teile des Ruhrgebietes vor ihrer Vollendung. Ein neuer Triumph der Verherrlichung droht.

Die Massen der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands haben um so mehr das Recht, gegen den kriegerischen Einbruch in friedfertiges Land zu protestieren, als sie stets für die Wiedergutmachung der Kriegsverstörungen eingetreten sind und ihre ganze Kraft für den Weltfrieden und die wirtschaftliche Wiederaufbau Europas eingesetzt haben.

Die Versammlungen verlangen von der Reichsregierung, daß sie sofort alle Maßnahmen ergreift, um zu verhindern, daß preiszehrender Wucher aus der neuen Not des Volkes Gewinn zieht. Sie gehen die arbeitenden Massen des Ruhrgebietes, so werden alles anstreben, um ihre Lage zu erleichtern. Sie rufen zugleich das internationale Proletariat und alle echten Friedensfreunde der Welt zum gemeinsamen Kampf gegen das verübte Unrecht auf.

Es lebe die deutsche Republik! Es lebe die internationale Verständigung!

Sozialdemokraten. Obgleich in der Beurteilung des Poincaréschen Gewaltaktes einig, trennt uns doch eine Welt in Hinsicht auf Ursache und Abwehr. Genosse Müller, der für die Sozialdemokratie sprach, hat diesen Unterschied der Auffassung mit der gebotenen Schärfe betont.

Die Größe des Augenblicks, der gerade vom bürgerlichen Standpunkt eine möglichst einmütige Erklärung des Reichstages forderte, fand aber in der bürgerlichen Arbeitgemeinschaft, der sich die Deutschnationalen jetzt an die Seite stellen, ein herzlich kleines Geschlecht. Sie war mit Cuno zu jedem Opfer bereit. Aber noch eine halbe Stunde länger zu tagen, um nach dem Deutschnationalen und dem Kommunisten auch noch den Abgeordneten Ledebour anzuhören und deshalb den nächsten Zug zu verläugern, zu dem Opfer war sie nicht fähig. Und obgleich die stärkste Fraktion des Reichstages sie dringend ermahnte, nicht durch Debatteklügel einen Zwischenfall zu schaffen, stimmte die geschlossene Front der bürgerlichen Parteien für diesen Debatteklügel. So endete die Kundgebung des Reichstages, die sich gegen imperialistischen Wahnsinn und militaristische Gewalt richten sollte, mit einem peinlichen Mißklang.

Verhandlungsbericht.

Auf dem Reichstagsgebäude wehten gestern, Sonnabend, die Fahnen auf Holbmast.

Haus und Tribünen waren stark besetzt. Um 2 Uhr 45 Minuten ergreift

Präsident Löbe

das Wort zu folgender Ansprache: Ich eröffne die Sitzung des Reichstages, die Stellung nehmen soll zu dem empörenden militaristischen Gewaltakt, der unserem Lande und unserem Volke in diesen Tagen widerfährt.

Aufmerksamkeit auf den Frieden Mitteleuropas

Stellung nehmen wird, möchte ich mir ein Wort erlauben an die Bundesleute an der Ruhr, die zuerst und am härtesten durch diesen Friedensbruch in Not und Leid gebracht worden sind. (Die Abgeordneten erheben sich von den Plätzen, nur die Kommunisten bleiben sitzen.) Wir möchten Ihnen zurufen: Haltet Euch so, daß an dem Tage, an dem die Fremdherrschaft von Euch genommen wird, Ihr vor Euch selbst bestehen könnt, und daß Eure Kinder von Euch bezeugen können: Unsere Väter haben mit Festigkeit und Treue, mit Stolz und Würde aufrecht gestanden, als dieser Schlag geführt wurde, sie haben weder durch unwürdige Liebedienerei und Unterwürfigkeit, noch durch Unbesonnenheiten den Namen unseres Volkes geschändet. Haltet Euch so, daß Ihr, wenn auch äußerlich geknechtet, Euch innerlich frei ins Auge sehen könnt. Vor der Welt werden wir diesen Gewaltfrieden voll Trauer gegenüberstehen, vor der Geschichte aber weisen wir darauf hin, daß hier ein Streik geführt wird gegen den Frieden des Landes, gegen die Freiheit und das Recht seiner Bewohner, der seinen Stachel in sich trägt, nicht nur gegen uns, sondern

gegen alle, die eine ruhige Entwicklung wollen, und der die verhängnisvollen Folgen für den allgemeinen Frieden haben muß. (Sehr richtig!) Wenn ich als deutscher Volkswortführer ein Recht hätte, zum französischen Volk zu sprechen — dieses Recht haben unsere Gegner während des Krieges in unbeschränkter Weise für sich in Anspruch genommen —, dann würde ich sagen: Prüft, prüft selbst, ob der Weg, den Eure Nachbarn eingeschlagen, der ist, der Euch zu Eurem Recht, zu Euren Ansprüchen, zu Frieden und Ruhe führen kann! Prüft selbst, ob es nicht vielmehr Verbitterung, Hass und Wut wecken muß und auch das Unvermögen zur Erfüllung anderer Ansprüche. Ihr und wir, Eure Nachkommen und die unfrigen, werden die furchtbaren Folgen zu tragen haben, die dieser Drachensaat entspricht. (Sehr wahr!) Deshalb macht es rückgängig, das Unrecht, das Ihr an uns verübt mir all dem anderen der letzten Jahre, ehe es uns und Euch verschlingt! (Lebhafte Beifall.)

Der Präsident gedenkt darauf des am 7. Januar einem Lungenleiden erlegenen Abg. Wälgand-Bremen (Soz.). Der Reichstag erhebt sich zu Ehren des Verstorbenen von dem Sitze.

Darauf fährt der Präsident fort: In tiefer Trauer hat der Reichstag auch Kenntnis genommen von dem schweren Grubenunglück, das dieser Tage in Oberschlesien geschehen ist und das 40 oder mehr Bergleute tief in der Erde an ihrer geschwollenen Arbeitsstätte ein Grab bereitet und zahlreichen Frauen und Kindern den Ernährer genommen hat. Mit dem deutschen Volke steht der Reichstag an der Unglücksstätte und bezeugt den Hinterbliebenen seine innige Teilnahme.

Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Reichskanzler Dr. Cuno:

Geehrte Damen und Herren! Vorgestern, am 11. Januar 1923, drangen französische und belgische Truppen in zwei Hauptkolonnen in friedliches deutsches Gebiet ein (Pulvrufe rechts), überschritten die Grenzen, die nach Artikel 428 des Vertrages von Versailles der Besetzung durch Truppen der alliierten und assoziierten Mächte gezogen sind, ja sogar die vorgeschriebenen Grenzen des Gebietes, das im Widerspruch mit den Bestimmungen des Vertrages unter dem Namen von Sanktionen bezeichnet worden ist. Die Truppen waren irregulär ausgerüstet. Sie führten außer ihren Feldmänteln Munitionsfahrzeuge, Geräte, Gepäck- und Lazarettwagen mit sich. (Hört, hört!) An der Spitze marschierten Kavallerieabteilungen mit gezogenem Säbel. (Anerknt!) Auf dem Marktplatz in Essen fuhr ein Panzerwagen auf. Wachen und Soldaten wurden in Stellung gebracht, der Belagerungszustand verhängt, für jede Ungehorsamkeit der Besatzung gerichtliche Bestrafung angedroht. (Anerknt!) Bei den besetzten Truppen befanden sich belgische Abteilungen aller Art. Dieser Vormarsch vollzog sich mit allen irregulären Sicherungen in einem Lande und einem Volke gegenüber, das die Einhaltung durchgeföhrt hat und friedlicher Arbeit sich widmet, was nicht daran denken konnte und nicht daran gedacht hat, den französisch-belgischen Truppen auch nur einen Mann oder ein Gewehr entgegenzustellen.

Der Kanzler erwähnt dann die bekannte Aufständigung des Einmarsches mit ihrer Bestimmung nichtmilitärischer Absichten usw. und sagt: Die Maßnahmen werden

gestützt auf den Vertrag von Versailles.

Der auf den Tag genau drei Jahre vor Ueberreichung der Note ratifiziert worden ist zu dem Zweck, an die Stelle des Krieges einen festen, gerechten und dauerhaften Frieden treten zu lassen, und der als wesentlich bezeichnet, bestimmte Verpflichtungen zu übernehmen, nicht zum Krieg zu greifen, die Bestimmungen des internationalen Rechts genau zu befolgen, Gerechtigkeit herrschen zu lassen und alle Vertragspflichten und gegenseitigen Beziehungen der Völker peinlich zu beachten, sie werden verstoßen auf den Vertrag, aus dem dieses große Programm der Verständigung, der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker abgeleitet wurde, welches 1918 verheißt und von Deutschland durch die Erklärung vom 3. Oktober 1918 als Grundlage der Verträge über den Waffenstillstand angenommen worden ist. In jenem Vertrage von Versailles haben wir schwerste Verpflichtungen zum Erfolg der Kriegsschäden übernommen.

So schwer die Lage ist, so gewährt der Vertrag von Versailles immerhin Deutschland das Recht, die ihm auferlegten Leistungen

nach seinen Mitteln und seiner Leistungsfähigkeit zu bemessen, weiter das unverbrüchliche Recht, von der Reparationskommission hinsichtlich der Zahlungsfähigkeit gehört zu werden. Mehr als einmal hat die deutsche Regierung im Laufe der letzten drei Jahre erfahren müssen, daß diese

Rechte Deutschlands nicht ausreichend beachtet

würden. (Sehr richtig!) Gleichwohl hat das deutsche Volk sich ehrlich bemüht, bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit die Wirtschaftsschäden auszugleichen und ehrlich und aufrichtig der wirtschaftlichen Reparation zu dienen. Fast die ganze Handelsflotte haben wir dahingegen, Binnenschiffe in großer Zahl, Lokomotiven usw. bis zu einem Grade der Vähmung unseres Verkehrslebens. (Sehr wahr!) Wir haben das deutsche Eigentum im Ausland hingegeben, den Ertrag der Arbeit von Generationen, ferner Maschinen und Baustoffe, alles Leistungen, die fast größer waren, als es die Rücksicht auf die eigene Wirtschaft gestattete. (Sehr wahr!) Arbeitgeber und Arbeitnehmer waren einig in der Bereitschaft wie in dem dringenden Wunsch, ihre Kraft an den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Frankreichs setzen zu können. Aber immer wieder wurden uns andere Lasten auferlegt bis zum Verfall unserer Wirtschaft. Ich frage die Welt, ob jemals ein Volk mehr geleistet hat und mehr hat leisten können, das durch die Absperrung vom Weltverkehr, durch die Verluste des Krieges, durch Hunger und Entbehrungen aller Art entsetzt und enttäuscht war. Ich frage: wie kann Herr

Poincaré in seiner Kammerrede

erklären, er könne nicht mehr auf die falschen Versprechungen zählen und sich dadurch täuschen lassen, wie kann er der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß Deutschland keinerlei Anstrengungen machen werde, seine Verpflichtungen zu erfüllen, ohne daß Zwang ausgeübt wird? Tatsache ist, daß die deutsche Regierung nicht nur durch Erklärungen, sondern durch Vorschläge und Maßnahmen die Lösung des Reparationsproblems in einer für Frankreich günstigen Weise bemüht war, nachdem durch das Urteil aller Sachverständigen der internationalen Finanzwelt wie der Sachverständigen der Gläubigerstaaten und auch durch die Reparationskommission selbst die gegenwärtige Zahlungsunfähigkeit Deutschlands festgestellt war? (Sehr richtig!) Die deutsche Note vom 14. November v. J. hat ein vollständiges Programm für die Reparationen umschrieben, um ein endgültiges Programm vorzubereiten. Der Reichstag hat einmütig zugestimmt. Das Problem stellte sich dem Standpunkt des Vertragsgegners aus gesehen unter drei Gesichtspunkten dar: Finanziell handelte es sich darum, Frankreich, das unbestreitbare Schwierigkeiten im Staatshaushalt hat, sofort greifbare Mittel zu verschaffen. Wirtschaftlich wurde davon ausgegangen, daß die deutsche und die französische Wirtschaft in wichtigen Beziehungen aufeinander angewiesen sind, und es sollten Wege gesucht werden, ohne Zerstörung des deutschen Wirtschaftslebens einen Ausgleich mit Frankreich zu finden. Politisch stehen wir der Tatsache gegenüber, daß Frankreich die Unentbehrlichkeit seiner Stellung am Rhein immer wieder mit der Behauptung kriegerischer Absichten Deutschlands begründet. Unter diesen drei Gesichtspunkten setzte gleichzeitig die Tätigkeit des Kabinetts ein. Der erste Schritt war das Schreiben vom 9. Dezember an Bonar Law zu der Konferenz in London, worin ein Vorschlag gemacht wurde, der für die nächsten Jahre den dringenden französischen Geldbedarf vorläufig befriedigen sollte. Der Erfolg blieb aus. Dann arbeiteten wir

Vorschläge für die Pariser Konferenz

aus. In meiner Hamburger Rede habe ich das Wesen dieser Vorschläge so deutlich gezeichnet, daß auch die Deffektivität in den Ententestaaten klar die Ziele und Wege dieses Lösungsversuches sah. Nach eingehender und gründlicher Prüfung des deutschen Wirtschaftslebens und nach dem Urteil aller Sachverständigen konnten wir aus eigener Kraft nicht alle Ansprüche Frankreichs auf finanziellen Gebiet befriedigen, wir haben aber erklärt, wir seien bereit, eine feste Summe als erste Rate zu bieten, die durch eine Anleihe auf dem Weltmarkt garantiert ist.

Es kam dann weiter darauf an, weitere Zahlungen nach der Entwicklung der Wirtschaft zu leisten. Das geschah, indem wir bis zu einer zu bestimmenden Grenze uns verpflichteten, Anleihen nach Maßgabe des Bedürfnisses aufzubringen. Auf einen ähnlichen Gedanken in dem englischen Vorschlag hat Poincaré nach Presseemissionen über seine Rede — der amtliche Wortlaut liegt noch nicht vor — gesagt: „Wir haben keine Lust dazu, internationale Bankiers als Schiedsrichter über Rechte Frankreichs anzuerkennen.“ Aber welche anderen und besseren, unparteiischen und rein wirtschaftlichen Maßstab gibt es für die Abhebung der Wirtschaft und Finanzkraft als den Kredit? (Sehr richtig!) Endlich kam es darauf an,

für die Einlösung der deutschen Verpflichtungen die Kraft der deutschen Wirtschaft einzusetzen. Ich habe erklärt, daß die deutsche Wirtschaft, namentlich die Industrie- und Bankwelt bereit wäre, die Regierung bei der Durchführung ihrer Vorschläge zu unterstützen und bereit wäre, über eine von ihr zu übernehmende Garantie zu verhandeln. Dieser Vorschlag ist

nicht angenommen.

Nach der wirtschaftlichen Seite haben wir dem französischen Ministerpräsidenten angeboten, eine Kommission von Vertretern der Industrie- und Bankwelt nach Paris zu entsenden, die mit französischen Vertretern im Einvernehmen mit Frankreichs Alliierten über eine wirtschaftliche Verständigung verhandeln sollte. (Auf b. d. Komm.: Die werden sich noch verständigen!) Herr Poincaré hat diesen Vorschlag

abgelehnt.

Um politische Hemmnisse einer rein wirtschaftlichen Regelung zu beseitigen, traten wir durch Vermittlung einer dritten Macht an die französische Regierung heran und boten ihm einen durch Volksabstimmung gesicherten Friedenspakt an. Herr Poincaré hat diesen Vorschlag

abgelehnt.

Unsere Vorschläge boten Raum für Verhandlungen und Vereinbarungen über die Ausführung und Ausfüllung, die Grundgedanken unserer Vorschläge waren jenen verwandt, die aus den Kreisen der Alliierten selbst gemacht worden sind. Die Abwechslungen waren nicht erheblich, aber der Unterschied, der uns von dem französischen Gedanken trennte, war nicht graduell und relativ, sondern radikal und absolut. Das ist der Unterschied zwischen dem machtpolitischen und wirtschaftspolitischen Denken.

Aus diesem machtpolitischen Denken

erklärt sich der geschichtliche Schritt der Note vom 10. Januar und des Einmarsches vom 11. Januar. Keinerlich ist dieser Schritt nicht an das große gewalttätige Problem geknüpft, sondern an die kleine Veräumnis Deutschlands in den Holz- und Kohlenlieferungen, die in der Kohlenmenge wenige Prozente des ausmachen, was wir seit dem Waffenstillstand tatsächlich geliefert haben. Deswegen und wegen Schmittholz und Telegraphenstangen unternimmt Herr Poincaré eine militärische Aktion, die Kosten von unabwehrbarem Umfang macht und geradezu verhängnisvoll die Mittel für unproduktive Zwecke bindet.

Was wird die Ingenieurexpedition ins Ruhrgebiet darüber hinaus dem Weltvermögen an Mitteln und Werten entziehen!

Wo bleiben die wirtschaftlichen Gründe.

auf die sich Herr Poincaré beim Einmarsch ins Ruhrgebiet zu stützen glaubte? So wenig wirtschaftliche Gründe er hat, so wenig läßt sich ein Rechtsgrund für sein Benehmen geltend machen. Ich kann das mit wenigen Worten nicht schärfer umreißen, als es in der Note geschieht, die gestern dem französischen Botschafter und dem belgischen Geschäftsträger übergeben wurde. „Nach den ausdrücklichen Feststellungen der Reparationskommission in ihrer Note vom 21. März 1921“, so heißt es dort, „würde eine Verschlebung bei den Holz- und Kohlenlieferungen nichts anderes als die Forderung von Vorkaufszahlungen rechtfertigen, so daß die Anordnung anderweitiger Maßnahmen auf Grund der §§ 17, 18 in diesem Falle ausgeschlossen ist.“ (Sehr richtig!)

Selbst bei rechtmäßiger Anwendung der §§ 17, 18

würden aber nur wirtschaftliche und finanzielle Maßnahmen oder nur solche Maßnahmen, die ihnen dem Wesen und der Bedeutung nach gleichzustellen sind, gegen Deutschland getroffen werden dürfen.“ Das könnten nur Maßnahmen sein, welche die Alliierten in ihren eigenen Hoheitsgebieten durchführen könnten. Solche Maßnahmen dagegen nicht, die wie der gegenwärtige Einbruch von Truppen und Beamten in das Ruhrgebiet, die denkbar schwerste Verletzung des deutschen Hoheitsrechtes bedeuten. (Sehr wahr!) Endlich können nach dem Vertrage etwa zulässige Maßnahmen nur von den an den Reparationen beteiligten Mächten gemeinsam (sehr richtig), nicht von einzelnen Mächten auf eigene Faust getroffen werden. Was die Auslegung des § 18 anlangt, so haben wir für unsere Rechtsauffassung gerade in diesem Punkte

das wertvolle Zeugnis eines Franzosen.

der Herrn Poincaré nicht fernsteht und bei den letzten französischen Präzedenz keine geringe Rolle spielte. In dem amtlichen Bericht des französischen Kammerausschusses über den Verfall des Vertrages wird bei der Erörterung der von der französischen Regierung jetzt behaupteten Vertragsbedingungen ausdrücklich gesagt, daß die bei Nichterfüllung der Reparationsverpflichtungen vorgesehenen Maßnahmen von den

Alliierten im gemeinsamen Einverständnis (en commun accord) getroffen werden sollen. (Schril! hört!) Der Verfasser dieses Berichtes ist kein anderer als Herr Barthou (erneutes Hör, hört), der Vorsitzende der Reparationskommission. Ich sollte denken, daß er als Vorsitzender dieser Kommission keine andere Auffassung vertreten kann, als die er damals als Berichterstatter des Parlaments geäußert hat. (Sehr gut!) Derselben Auffassung entspricht auch die wiederholte Zusage, die nach der Beilegung von Frankreich am Rhein die französische Regierung dem britischen Kabinett gab: sie beabsichtige, bei allen interalliierten Fragen der Ausführung des Vertrages nur in Übereinstimmung mit ihren Alliierten zu handeln. Aber selbst wenn alle diese Voraussetzungen so klar gegeben wären, wie sie in Wirklichkeit fehlen, so würden doch nie und nimmer Maßnahmen einer politischen Beilegung und einer militärischen Aktion zulässig sein. (Sehr richtig!) Um solche aber handelt es sich (Zustimmung), denn auch die Worte, die Herr Poincaré in der französischen Kammer sprach, können über

Die Realität der französischen Soldaten und Waffen in Essen

nicht hinwegtäuschen. (Vebhafte Zustimmung.) Was an deutschem Gebiet in Ausführung des Friedensvertrages befehligt werden darf, ist vom Vertrag selbst umschrieben. Die Alliierten haben ja selbst in der Note vom 16. Juni 1919 der deutschen Delegation gegenüber feierlich erklärt, daß die Reparationskommission, auf deren Mehrheitsbeschluss hin jetzt Frankreich diese Gewaltmaßnahmen stützt, weder ein Werkzeug zur Verdrückung noch ein listiges Mittel zur Einmischung in Deutschland Hoheitsrechte sei, daß sie keine Truppen zur Verfügung, daß sie keinerlei Exekutivrechte innerhalb der Gebiete Deutschlands habe. Und als endlich das Schlußprotokoll über den Vertrag ausgetauscht wurde, war vorher von Herrn Clemenceau noch ausdrücklich anerkannt worden, daß nach der Inkraftsetzung des Vertrages die Anwendung von Sicherungsmitteln, wie sie der Krieg mit sich bringe, ihr Ende gefunden haben. Es steht fest: Recht und Vertrag sind mit dem Einmarsch der Truppen in das Ruhrgebiet gebrochen worden. Die deutsche Regierung erhebt gegen die Gewalt, die hiermit einem wehrlosen Volke angetan wird, vor der ganzen Welt feierlich Protest.

Sie kann sich gegen diese Gewalt nicht wehren. Sie ist aber nicht gewillt, sich dem Friedensbruch zu fügen oder gar, wie ihr angeordnet wird, bei der Durchführung der französischen Absichten mitzuwirken. Sie weist diese Zumutung zurück. Die Verantwortung für alle entstehenden Folgen fällt allein auf die Regierungen, die den Einmarsch vollzogen haben. Den Unterzeichnern des Friedensvertrages und den neutralen Staaten haben wir unsere Auffassung dargelegt. Den Regierungen Frankreichs und Belgiens haben wir unseren Protest gegen Rechtsbruch erklärt. Unser Botschafter in Paris und unser Gesandter in Brüssel sind zurückgezogen worden. Solange der vertragswidrige Zustand, geschaffen durch den gewalttätigen Eingriff in das Zentrum der deutschen Wirtschaft, andauert und die katastrophalen Folgen nicht beseitigt sind, ist Deutschland nicht in der Lage, Leistungen an diejenigen Mächte zu bewirken, die jenen Zustand herbeigeführt haben. Es ist wenig, bitter wenig, was wir der Gewalttat äußerlich entgegenzusetzen können. Was wir innerlich entgegensetzen können und müssen, ist mehr: Wille und Entschluß. Wohl frage ich die anderen Glieder der Völkerfamilie, ob sie sich Frieden für die Welt und Veröhnung erschaffen können, wenn hier Gewalt über das Recht steht, über das innere Recht eines Volkes und über das Recht eines Vertrages, unter denen die Unterschriften fast aller Staaten der Welt stehen. Aber ich richte keinen Appell an sie; denn ich weiß, daß mehr als jemals über den Geschicken der Nationen harte Interessenfragen wachen. Dürfen wir erwarten, daß die Zwangsläufigkeit wirtschaftlicher Entwicklungen über kurz oder lang zu einem Wandel führen wird, ehe sich vielleicht ein Brand entzündet, der nicht nur Deutschland, sondern Europa bedroht?

(Schluß des Berichtes in der 1. Beilage.)

Botschafterkonferenz gegen Litauen.

Paris, 10. Januar. (G.) Die Botschafterkonferenz veröffentlicht folgende Mitteilung: In Rowno wurden aufs neue Vorstellungen erhoben, um die litauische Regierung zu veranlassen, daß sie auf die Urheber der Bewegung Einfluss nehme, die einen Druck auf die Alliierten auszuüben und die Hoheitsrechte der Alliierten anzutasten versuchen. Die Botschafterkonferenz beschloß die Entsendung eines französischen Obersten, der den Befehl über die alliierten Landstreitkräfte übernehmen soll, sobald die englischen und französischen Kriegsschiffe, die bereits unterwegs sind, an Ort und Stelle sein werden.

Das Kamel und das Nadelöhr.

Von Paul Gutmann.

Dem Gerechten gibt es der Herr im Schlafe. Darauf pochte Peter Rabob, als er eines Morgens erwachte und sich der Worte entsann, die der Pfarrer zu ihm in der Konfirmationsstunde gesprochen hatte. „Herr, dein Pfund hat zehn Pfund erworben.“ So jagte der erste von den zehn ausgesandten Knechten, denen der Herr zehn Pfund, jedem eins, gegeben hatte. „Und er sprach zu ihm: U, du frommer Knecht, diemoch du bist im geringsten treu gewesen, sollst du Nacht haben über zehn Stübde.“ An diese Worte hatte der Pfarrer allerhand lehrreiche Ermahnungen geknüpft, von denen Peter stets die eine im Ohre klang: „Du sollst mit deinem Pfund wuchern.“

Solcher Ermahnungen gedenkt, beschloß Peter, ein richtiges Pfund zu erwerben. Er legte es in ein Kößchen, das er von seiner Großmutter geerbt hatte und worauf inmitten von Wuscheln auf einem Stein eingegraben stand: „Souvenir“. Er betrachtete zärtlich sein Pfund jeden Tag und überlegte, was er damit anfangen sollte. Aber siehe, eines Tages entdeckte er, genau wie der Pfarrer es gesagt, daß sein Geld sich verzehnfacht hatte.

Nachdem so der Anfang gemacht, wucherte er weiter. Er kaufte und verkaufte, kaufte und verkaufte und war nach einigen Jahren ein reicher Mann. Er hat nie etwas Gutes, sondern dachte stets nur an sich, aber da er dem Pfarrer, wie er vermeinte, seinen Aufstieg zu danken hatte, wurde er ein gläubiger Diener des geschriebenen Wortes. Er las, wenn er mit dem Vorfeser fertig war, jeden Abend in der Bibel und gelobte, möglichst genau sich an ihre Anweisungen zu halten. Aber da gab es ihm jedesmal einen Stich ins Herz, wenn er auf die Stelle stieß, wo gesagt wird: „Es gehet eher ein Kamel durch ein Nadelöhr, ehe denn ein Reicher in den Himmel kommt.“

Peter wollte in den Himmel kommen, er, dem es auf Erden so gut erging, wollte sein Pfund bis zur ewigen Seligkeit anwachsen lassen. Was war zu tun? Es mußte der Beweis erbracht werden, daß ein Kamel sehr gut durch ein Nadelöhr gehen könne. Er grubelte und grubelte, und endlich, nach vieler Weisheitsanstrengung, erfand er das seltene Nadelöhr DRP. 0274596.

Man denke sich gemissermaßen als Verlagerung des Nadelöhrs einen unendlich feinen Draht, der, über mehrere winzige Spulen gewickelt, in die ausgeschliffene Nadel von der Größe einer gewöhnlichen Stopfnadel — nach dem System Mannesmann — eingelassen wird. Dergestalt ist es möglich — technische Einzelheiten bleiben dem wissenschaftlich nicht geschulten Lesern besser erspart —, das Nadelöhr nach Bedarf riesenhaft zu erweitern.

Es war nun weiter nichts nötig, als ein Kamel zu finden, um zu beweisen, daß es bequem durch die Öffnung spazieren könne. Das Kamel des Zoologischen Gartens war an Unterernährung gestorben, und es blieb daher nichts übrig, als auf dem Wege der

Zeitungsannonce sich des gewünschten Objekts zu verschaffen. Vortäglich, wie er war, annoncierte Peter: „Junges Kamel gesucht, da man doch nicht wissen konnte, ob ein ausgewachsenes nicht zu groß für das Nadelöhr sein würde. Es meldeten sich 85 Begehler, vier Raspeelkotos, drei Listbons, die alle glaubten, daß unter Kamel sie gemeint seien, da Prinzipal und Gölle sie nie anders bezielten. Peter war wütend. Seine Hoffnung auf das Jenseits wurde auf die Felle gespannt. Wie gelangte er zu keinem Beweismittel? Endlich, nach mühevollen, monatelangen Suchen gelang es ihm, von einem vertrackten Zirkusdirektor ein richtiges Kamel zu erwerben.

Der große Tag stand bevor. Auf dem Feld außerhalb der Stadt sollte der endgültige Beweis erbracht werden, daß ein Kamel durch ein Nadelöhr gehen, mithin ein Reicher in den Himmel kommen könne. Plakate forderten die Menge auf, zu erscheinen, da hier ein Problem von epochaler Bedeutung seiner endgültigen Lösung harre. Die Presse war geladen, der Wirtschaftsminister sowie hatte sein Erscheinen zugesagt.

Eine Nadel von der Größe und dem Ansehen einer gewöhnlichen Stopfnadel wurde inmitten eines abgegrenzten Raumes in den Boden gepflanzt. Alle Augen, zum Teil mit Operngläsern und Fernrohren bewaffnet, waren darauf gerichtet, als Peter erschien und spielend das Nadelöhr zu einer immensen Öffnung knapp über dem Erdboden erweiterte. Ein berühmter Professor der Nationalökonomie bewies, daß Peter Rabob das soziale Problem mit seiner genialen Erfindung DRP. 0274596 gelöst habe. Als er gendete hatte, setzte sich unter den Klängen der Nationalhymne das Kamel in Bewegung. Jauzendes Juchzen der bessergeredelten Menge begrüßte es. Man hörte vereinzelte Riederrufe und schrille Pfiffe, die aber bald von dem ostanartigen Beifall erstickt wurden. Das Kamel war nicht in guter Form. Es knickte in den Kniekehlen, zitterte und stemmte die Vorderbeine widerstrebend nach hinten. „Vorwärts! vorwärts!“ schrie die erregte Menge. Aber gleichsam als fürchtete es, das Gottesurteil herauszufordern, blieb es unmittlerbar vor dem Nadelöhr stehen, realte die bebenden Rippen gegen Himmel, stieß ein ohrenbetäubendes Gemieher aus und brach tot vor dem Ziel zusammen.

Die von einem Parliamentsauschuß verlangte Untersuchung stellte fest, daß zwei Stunden vor dem tragischen Ereignis ein junger Mann, dem Aufsehen nach ein Gymnasiast, in den Stall getreten war und das Kamel mit Presslufte gefüttert hatte. Es ergab sich, daß diese vergiftet waren. Die Fäden der Untersuchung führten in das Gebiet einer gewissen hochverdienenden Industrie und verließen dort im Dunkel. Tatsache ist, daß das führende Organ der dortigen Gegend seit Wochen gewarnt hatte, es auf einen derartigen Versuch ankommen zu lassen, der geeignet wäre, die Volkseidenchaft aufzupeitschen, da er leicht negativ ausfallen könnte.

Der Professor der Nationalökonomie gibt die Hoffnung nicht auf. Er erzieht im Ausland Auftrüge zum Ankauf eines zweiten Kamels zwecks Förderung der deutschen Wissenschaft.

„Törichte Jungfrau“ und „Lustige Weiber“. Die Geschichte von der reinen Jungfrau, die ein Heerführer begehrt und von der Rettung einer umzingelten Stadt durch eben diese seltene Jungfernschaft, hat biblisches Alter. Will man daraus einen Operettenstoff machen, so muß alles Ernste, Pathetische, Moralische abgestreift werden. Die drei Akte von Florido, die im „Großen Schauspielhaus“ zu sehen waren, sind weder lustig, noch frisch, noch interessant. Sie leiden sich eine Schauspielersallade, hinter der mit unzulänglichem Deutsch Verse gezimmert sind. Langweilig, höchst langweilig und unendlich in diesem verstickenen Pathos. Oskar Straus hält sich bei den sozusagen ersten Momenten lange auf, er ersinnt für die Dänen der Flottzeit ein paar Rhythmen, instrumentiert sie gut und läßt im übrigen die Walze abgebrauchter Noten abzwirren. O, hätte man doch dafür seine wirklich lustigen Arie-lingen anziehen lassen. Aber man hatte ja die Zugkraft Cielwings, die mit allen Professoren, Doktoren- und Kammerjüngertlein vorepublikanischer Zeit behaftet ist, und als solcher, künstlich angezogener Ritter mit allen Mitteln der Theatralik parodieren kann. Man hatte die Emmy Sturm, die aber in einer steifen Rolle nicht zeigen konnte, welches Temperament sie besitzt. Was man und Thiemig und die kleine a. Thellmann sorgten für halbe Lustigkeit. Ob es ein Erfolg beim Publikum war?

Nach anderthalb Akten, nach zwei Stunden, in denen vergeblich auf den sogenannten Schloßer gewartet wurde, treibt es uns zu den „Lustigen Weibern“ in der Volksooper. Nun, diese Nikolaische Musik spricht für sich selbst. Pratorius leitet das Orchester frisch und wohlklingend. Aber da oben auf den Brettern ist es zu eng, zu still, zu unbewegt. Ein paar Stimmen, die der Berta Rattin, der Ludmilla Dostal und des jungen Tenors Wilinsky fallen angenehm auf. Doch das sprühende Humorvolle fällt unter den Tisch. Was die Reben singen, entspricht nicht ganz der abgestrickelten Bewegtheit, der mittleren Temperatur all dieser Spieler. Mehr Komödiengeist, meine Herrschaften. Auch Falstaff (Otto Gortik) wirkt mehr in kleinen individuellen Zügen, als in denen, die von Schafspeere oder Verdi stammen könnten. Also: höchst anständig, aber bürgerlich und kleinlich. Immerhin ist eines dieser lustigen Weiber mehr wert als drei törichte Jungfrauen. R. E.

Erkennungsträger der Woche. Mittels. Theater in der Kommandantenstraße: „Legende eines Lebens“. — Sonntag. Volkstheater: „Das Wintermärchen“. Deutsches Künstler-Theater: „Magdalena“. — Mont. (22.) Kammertheater: „Der Kreis“.

In der Staatsoper wird Karl Gantner, der vom Herbst ab der Staatsoper angehören wird, ein lässiges Gastspiel am Dienstag als Rudolf in „Hohelupe“ bringen. — Die Aufführung von Schreyer's „Schahzadeh“ am Mittwoch wird der Komponist selbst dirigieren. Die Es singt Maria Schreyer, die Gattin des Komponisten.

Die Barnowsky-Wälder haben mit Rücksicht auf den Nationaltheater ihren Spielplan im Sonntag geändert. Im Lesing-Theater geht „Fauk“ im Deutschen Künstler-Theater Steinberg's „Königin Christine“ in Szene.

Ein Drama aus der 48. Revolution. Otto Ernst Kesse hat einen gereinigten Helden der ersten deutschen Revolution und Vorkämpfer für die deutsche Republik in einem Drama zu neuem Leben erweckt. Das Drama trägt den Titel: „Robert Blum. Die Erwählung eines Deutschen“. Es erscheint zur 75-Jahrfeier der ersten deutschen Revolution im Verlag Neffert & Co.

Die Maßnahmen der Regierung. Besprechungen mit den Spitzenverbänden.

Unter dem Vorsitz des Reichswirtschaftsministers Becker fand gestern eine Aussprache mit den Spitzenorganisationen der Industrie, des Handels, Handwerks, der Gewerkschaften und Gewerkschaften statt, welche die durch die Besetzung des Ruhrgebietes verursachte wirtschaftliche Notlage und die etwa zur Abhilfe oder Binderung zu treffenden Maßnahmen zum Gegenstand hatte. Der Reichswirtschaftsminister betonte in der Eröffnungsansprache, daß das gewaltige Vorgehen der Franzosen und Belgier leider den Preisen des Lebensbedarfes der Bevölkerung in der Tendenz zu weiterem Steigen geben werde. Diese Entwicklung werde um so fühlbarer werden, als wir infolge Erhöhung der Kohlenpreise vor einer weiteren Preiswelle in unserer gesamten Gütererzeugung stünden. Es müsse das Bestreben aller in der Wirtschaft tätigen Kreise sein, dafür zu sorgen, daß die Lebensbedingungen des Volkes nicht über das durch die unabwehrbaren von außen kommenden Ereignisse bedingte Maß hinaus verschlimmert würden. Hierzu erbitte er die Mitarbeit der Spitzenverbände und ihren zur Besonnenheit und Mäßigung mahnenden Einfluß auf ihre Mitglieder draußen im Land. Die Reichsregierung lege auf eine enge Zusammenarbeit mit allen Wirtschaftskreisen gerade jetzt besonderes Gewicht.

In mehrstündiger Aussprache trugen alsdann die berufständlichen Vertreter ihre Wünsche und Anregungen vor, die sich insbesondere erstreckten auf: die Warenpreisbildung sowie deren Überwachung und Beeinflussung, die Einwirkung der Frachtarbeitserhöhungen auf die Preise, die Ausländer- und die Kartellfrage, die Möglichkeiten der Hebung der Produktion durch Wegleistung an wichtigen Stellen oder Umschichtung der Arbeitsbevölkerung. Daneben wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, auch kleinere Maßnahmen mit psychologischer Auswirkung (z. B. Vorgehen gegen die Schlemmerei) nicht außer acht zu lassen.

Sitzung der Reparationskommission.

Paris, 13. Januar. (W.B.) Die amtliche Mitteilung über die heutige Sitzung der Reparationskommission lautet: Im Laufe der heutigen Vormittagssitzung hat die Reparationskommission beschlossen, folgendes Schreiben an die Kriegskostenkommission zu richten:

Die Reparationskommission beehrt sich, Ihnen mitzuteilen, daß sie Ihnen in einigen Tagen die Entscheidung über die beiden Schreiben zugehen lassen wird, die Sie am 14. bzw. 27. November 1922 im Namen der deutschen Regierung an sie gerichtet haben. Sie hat provisorisch beschlossen, den im Zahlungsstatut vom 5. Mai 1921 auf den 15. Januar 1923 angeetzten Zahlungstermin auf den 31. Januar 1923 zu verschieben.

gez.: Louis Barthou, Delacroix.

Braburn weigerte sich, zu unterzeichnen, da er sich absetzt halten wollte; statt seiner unterschrieb der Belgier.

Die Reparationskommission hat sich noch über die Verzögerungen auszupressen gehabt, die bei der Regelung der Restitutions in natura festgestellt worden seien. Im gegenseitigen Einvernehmen sei unter den Kommissionsmitgliedern beschlossen worden, daß wegen der Restitutions in natura später an die deutsche Regierung heranzutreten werden solle. Auf der Tagesordnung habe ferner die deutsche Gesetzgebung betr. Kapitalflucht gestanden. Barthou habe bemerkt, daß diese Frage mit der des Rotoriums zusammenhänge. Auch hier sei im gegenseitigen Einvernehmen der Ausschub der Erörterung beschlossen worden. Im übrigen werde versichert, daß die Delegierten einmütig bereit seien, der Veröffentlichung der Protokolle ihrer Intervention (7 soll wohl bedeuten: Auffassung. Red.) im Laufe der letzten Sitzung zuzustimmen, in der die Vereinfachung Deutschlands bei den Kohlenlieferungen festgestellt worden ist.

Nach dem „Temps“ werden am Mittwoch die deutschen Sachverständigen über die Benzollieferungen nach Italien gehört.

Die Angliederung des Ruhrgebietes als Garantie.

„Echo de Paris“ schreibt, daß die halbmonatige Hinausschiebung zur Festlegung der Garantien benutzt werden wird, die das Rotorium umgeben sollen. Es sei wahrscheinlich, daß vorgeschrieben würde, die deutsche Produktivität auf eine höhere Summe, vielleicht auf anderthalb Milliarden Goldmark, zu erhöhen, beispielsweise die Kohlenlieferungen bis auf die 1800 000 Tonnen, die der Friedensvertrag zuläßt. Damit werde man, schreibt das Blatt, erst dann Erfolg haben, wenn man in dem effektiven, gewissermaßen totalen Besitz aller der Pfänder sei, die in dem von Poincaré in London vorgelegten Plan angeführt sind. Es sei wohl möglich, daß man genötigt sein werde, die ganze Produktion des Ruhrgebietes und des linken Rheinuferes neu zu organisieren. Hierdurch würden wichtige Probleme gestellt, beispielsweise das Währungsproblem.

Reform des Geschichtsunterrichts.

Ein Erlass des preussischen Kultusministers.

Vom Preussischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung wird ein Erlass veröffentlicht, in dem es heißt:

Die Lehrbücher für den Geschichtsunterricht bedürfen schon seit langem einer Aenderung nach Inhalt und Form. Schon frühere Erlasse wiesen darauf hin, daß die Lehrbücher, die mehrfach geschichtliche Lesestücke für die betreffenden Klassen geworden waren, ein Hindernis für die Sichtung des Stoffes, seine übersichtliche Gestaltung und unterrichtliche Verwertung waren. Sie behinderten in der Tat vielfach die selbständige Arbeit des Lehrers. Sie gaben fertige Urteile, die erst im Arbeitsunterricht hätten gewonnen werden sollen. Sie ersetzten in ihrer geschlossenen Darstellung vielfach den Lehrer, der sich so mit ihrer Erklärung begnügen konnte, und verführten die Schüler oft zu einem gedächtnismäßigen Lernbetriebe, bei dem die wesentlichen und eigentlich bildenden Aufgaben des Geschichtsunterrichts ungefüllt bleiben mußten. Das Verbot, im Unterricht Geschichtsbücher zu benutzen, ist natürlich keine wirkliche Lösung der Schwierigkeiten, da der Geschichtsunterricht nicht ein Lehrbuch dauernd entbehren kann, wenn er die wenigen ihm zur Verfügung stehenden Stunden für seine Hauptaufgabe ausnützen will. Der Schüler braucht auf allen Klassenstufen eine Stütze für sein Gedächtnis und zur Sicherung der im Unterricht erarbeiteten Kenntnisse ein geeignetes Hilfsmittel, und der Lehrer kann unmöglich das gesamte Lesebuchmaterial, dessen er bedarf, selbst geben.

Die Schaffung neuer Geschichtsbücher soll dem freien Wettbewerb überlassen bleiben, bei dem naturgemäß auch wirtschaftliche Erwägungen zur Geltung kommen müssen. Ein einfaches, knappes Lesebuch, das den Schüler durch alle Klassen begleitet, wird vielen Lehrern als die geeignetste Form eines Lehrbuches erscheinen. Der Unterricht wird dann je nach der Klassenstufe die im Buche gegebenen Tatsachen selbständig verarbeiten.

Alle neu zu schaffenden Geschichtsbücher werden folgenden Hauptforderungen genügen müssen:

1. Bei durchgreifender Sichtung des Stoffes und Knappheit der Darstellung darf nur das, was geschichtlich wirksam geworden ist, aufgenommen werden. Das gilt vornehmlich für die Behandlung von Kriegs- und Fürstengeschichte, von diplomatischen

Neue Besetzungen.

Gelsenkirchen, 13. Januar. (W.B.) Um 1/2 7 Uhr abends ist ein ganzes Regiment Infanterie in Buer eingerückt. Die Truppen machen einen ziemlich derangierten und müden Eindruck. Wie man hört, haben sie einen weiten Marsch aus Werden (südwestlich von Essen) hinter sich. Sie warten auf Unterkunft, doch ist es außerordentlich schwer, Quartiere zu beschaffen, da diese junge Großstadt weder genügend Säle noch Schulen, geschweige denn größere Privatwohnungen aufweist, die sich für Einquartierungszwecke eignen. Gelsenkirchen selbst ist immer noch offiziell nicht besetzt, doch sieht man nicht nur Truppenteile durch Gelsenkirchen marschieren, sondern gelegentlich sieht man auch französische Offiziere.

Frankreich ist zufrieden — und bezahlt.

Um die bis jetzt gegen Gutschriftung nach einem geradezu betrügerisch eronnenen Preisfestsetzungssystem bezogene Reparationskohle auch unter der empörenden Invasion erhalten zu können, haben sich die Fremdherrscher des Ruhrgebietes genötigt gesehen, bare Bezahlung anzubieten. Wir berichten darüber weiter unten. Um der Wirkung dieses „Erfolgs“ der Besetzung vorzubeugen — auf die Dauer wird sie nicht ausbleiben — wird in Paris folgender amtlicher Bericht über den Ministerrat veröffentlicht:

Der Ministerpräsident, der Kriegsminister und der Minister der öffentlichen Arbeiten machten dem Ministerrat sehr zufriedensstellende Mitteilungen über die Nachrichten, die ihnen mit Bezug auf die Einrichtung der Ingenieurkommissionen an der Ruhr sowie über ihre ersten Besprechungen mit den Industriellen zugegangen sind.

Nach dem „Temps“ berichtete Generalinspektor Coste dem Arbeitsminister: Zwischenfälle würden nicht gemeldet. Der Bericht hebt den guten Willen der Metallurgischen Vereinigung und des Stahlverbandes sowie die „persönliche“ Haltung der Arbeiter hervor. Er vermerkt mit Genugtuung, daß gewisse Wälder des Essener Gebietes die Abreise des Kohlenyndikats mit 2:1 Frucht Wilhelms II. verglichen.

Erste Schwierigkeiten im Ruhrgebiet.

Essen, 13. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Zurzeit ist man immer noch bei den äußerst schwierigen Vorbereitungen, die die Ingenieurkommission in den Besitz der wirtschaftlichen Macht setzen sollen. Dem sollten hauptsächlich die bis jetzt stattgefundenen Verhandlungen dienen, denen man wahrhaftig keinen äußerst „zufriedenstellenden“ Verlauf für die Franzosen nachsagen kann. Bisher scheinen die Ingenieure sich selbst nicht ganz wohl zu fühlen. Die Kohlenverteilung ist gegenwärtig noch ohne französisch-belgische Kontrolle und auch sonst wird ein direkter wirtschaftlicher Einfluß nicht verspürt.

Vor allem sucht man die Arbeiterschaft für die französischen Pläne zu gewinnen. Ein ganzes Heer von Agenten ist zu diesem Zweck aufgeboden und mit großen Mitteln ausgerüstet. Höhere Offiziere in Zivil versuchen unter Zuhilfenahme besserer Lebenshaltung und mit sonstigen Schmeicheleien ihr Heil. Nicht so konstant behandelt man die Arbeiterverbände und die Zechendirektoren. Aber hinter beiden Reihen verbirgt sich nur die große Verlegenheit der neuen Gewalthaber. Erfahrungen in Oberschlesien und im Saargebiet zeigen nicht die wirtschaftlichen Voraussetzungen, die notwendig sind, um das Ruhrgebiet in jeder Hinsicht zu beherrschen, und weder Oberschlesien noch das Saarbecken sind mit den komplizierten Wirtschaftsverhältnissen an der Ruhr auf eine Stufe zu stellen.

Das erste Eingeständnis

Der französisch-belgischen Verlegenheit wurde dem Generalinspektor Coste in der heute abgehaltenen Sitzung mit den Zechenbesitzern geteilt. Coste mußte sich trotz der Bojonette, unter dem Druck der Verhältnisse, die stärker sind wie alle militärischen Nachmittel, bereit erklären, die nach Frankreich und Belgien zu liefernde Kohle zu bezahlen, nachdem die deutsche Regierung auf Grund des Rechtsbruchs Bezahlung abgelehnt hatte. Wie schwer vorläufig die finanzielle Belastung Frankreichs und Belgiens infolge der Bedingungen der Zechenbesitzer ist, ergibt sich aus folgendem Rechnungspost: Bisher haben die Militierten ohne jede Gegenleistung monatlich etwa 1,8 Millionen Tonnen Kohle erhalten. Jetzt müssen sie die Kohle, die sie haben wollen, zum deutschen Inlandspreis erstehen und in bar bezahlen. Nach dem Umfang der bisherigen Kohlenlieferungen und nach dem gegenwärtigen Preis müßte Frankreich

monatlich rund 70 Millionen Papiermark

zahlen oder nach dem gegenwärtigen Kurs ungefähr 100 Millionen französische Frank. Herrn Coste ist die Erklärung des Eingeständnisses mit diesen Bedingungen sichtlich schwer gefallen. Aber er mußte ja sagen, wenn er nicht die Lohnzahlungen an die Bergarbeiter gefährden und damit schwere Erschütterungen auslösen wollte.

Zu Beginn der Sitzung fragte Coste, warum die Zechen die Reparationskohlenlieferungen eingestellt haben. Ihm erwiderte Fritz Thossen, daß die Deutschen nach wie vor die deutschen Gesetze respektieren müßten und daß auch Zwangsmassnahmen sie nicht daran hindern könnten. Rahgebend sei das deutsche Kohlenwirtschaftsgesetz. Nach den Anweisungen des Reichskohlenkommissars könne man keine Reparationskohle mehr an Frankreich und Belgien liefern, da das Reich deren Bezahlung ablehne. Die Zechen müßten aber Geld haben, um die Angestellten und Arbeiter lohnen zu können. Coste wiederholte demgegenüber den Befehl, in dem mit Konfiskation im Falle von Zuwiderhandlung droht. Die Deutschen erklärten sich bereit, mit den Franzosen über Lieferung von

Kohlen, aber nicht Reparationskohlen und zwar gegen Bezahlung zu verhandeln. Sie gaben folgende Erklärung ab: „Die Zechen erklären sich bereit, Brennstoffe an Frankreich und Belgien in zu ver-

eintausenden Mengen zu liefern von dem Zeitpunkt an, wo der Präsident der Mission namens der beteiligten Regierungen den einzelnen Zechen schriftlich erklärt, daß die Brennstofflieferung den einzelnen Zechen zu dem vom Reichskohlenverband festgesetzten Brennstoff-Verkaufspreise in bar beschafft und bezahlt werden. Voraussetzung hierfür ist, daß nicht entgegenstehende Verfügungen des Reichskohlenkommissars erlassen werden. Die Festlegung der formellen Lieferungsbedingungen bleibt besonderen Vereinbarungen in der Kommission vorbehalten.“

Die Verhandlungen über diesen Punkt zogen sich stundenlang hin und führten schließlich zu folgender weiteren Erklärung: Die Zechen ergänzen die erste Erklärung dahin, daß durch die Rückgabe des Verkaufs der Brennstoffe vom Syndikat an die einzelnen Zechen eine gegen früher vollkommen geänderte Lage geschaffen ist, infolge deren die Zechen nicht für eine Gesamtlieferung aufkommen können. Außerdem

geht infolge der Besetzung die Förderung erheblich zurück.

Es muß daher mit einer Verringerung der Lieferungsquantität gerechnet werden. Eine Nachholung des Ausfalls ist ausgeschlossen.

Die Vorschüsse müssen, um den Betrieb aufrecht erhalten zu können, defakto in Höhe von 80 Proz. der Lieferungen, der Rest binnen drei Tagen nach der Erteilung der Rechnung in bar bezahlt werden.

Die vertretenen Zechen haben von der Erklärung des Präsidenten der Mission, daß die gelieferten Brennstoffe wie vorstehend in bar bezahlt werden, Kenntnis genommen und werden eine jede für ihren Teil am Montag, den 15. Januar 1923, die Lieferung aufnehmen.

Die Kommission besteht aus sieben Vertretern der großen Zechen, an der Spitze Fritz Thossen und Generaldirektor Lengemann.

Die Bereitwilligkeit der Franzosen, die Reparationskohle zu bezahlen, ist offenbar eine Ausgeburt der Verlegenheit, in die sie durch die Abreise des Kohlenyndikats und durch die Einstellung der Reparationslieferung gebracht sind. Zu vermuten ist, daß sie die Zahlungen einzustellen suchen werden, sobald ihnen die Organisation der Lieferungen auf andere Weise gelänge. Deutschland hat gegen Lieferung von Reparationskohlen gegen Bezahlung, für deren Erlös es selbst Auslandskohle kaufen kann, niemals etwas einzuwenden gehabt. Der bisherige Erfolg des Friedensbruchs ist also lediglich der, daß das Ingenieurkomitee den Zechen zubilligen mußte, was die Reparationskommission dem Reiche verweigert hat.

Dadurch wird aber für die Franzosen die Besetzung noch kostspieliger. Ihr ganzer Widersinn zeigt sich schon in den ersten „Taten“ des Ingenieurkomitees.

Verhandlung mit den Bergarbeitern.

Bochum, 13. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Heute waren die Bergarbeiterverbände zur „Industrie-Kontrollkommission“ in den Essener „Kaiserhof“ geladen. Der Verhandlungsführer, Ingenieur Dames, der bereits im Saargebiet erhebliche Zeit die Kohlenverteilung geleitet hat, sagte, daß die Kontrollkommission nur die Aufgabe habe, die Verteilung von Kohle und Koks anders als bisher zu regeln. Hauptsächlich handelte es sich

nur um ein paar tausend Tonnen Messelieferungen.

Die Kommission hoffe, daß das keine besonderen Schwierigkeiten ergebe, sie würde jedoch, falls solche eintreten, gezwungen sein, durch entsprechende Maßnahmen für regelrechte Förderung zu sorgen. Keinesfalls beabsichtige man, die bisherige Aufgabe der Arbeitgeber zu übernehmen, die vielmehr nach wie vor die Leitung der Betriebe behalten sollten. Auch die Regelung aller Arbeiterfragen, insbesondere der Arbeitsbedingungen, soll grundsätzlich den Arbeitnehmerorganisationen überlassen bleiben. Die Kommission lege Wert darauf, besonders mit den Bergarbeiterorganisationen in Fühlung zu bleiben und sei für sie stets zu sprechen. Sie könne jedoch irgendeine Beeinflussung der Arbeiterschaft zum Nachteil der Befugungsbehörde nicht gestatten.

Die Vertreter der Arbeiterorganisationen erhoben gegen den Rechtsbruch entschieden

Protest, der durch die polnische Bergarbeiterorganisation ausdrücklich bekräftigt

wurde. Besonders wiesen die Organisationsvertreter auf die unendlichen Opfer des deutschen Volkes infolge des Versailler Diktats hin; für die Ruhe und Ordnung sei nichts zu befürchten, solange die widerrechtliche Besetzung sich von Uebergriffen fernhält und die Produktion nicht durch falsche Anordnungen oder durch Eingriffe in die Arbeitsbedingungen gefährdet wird. Die Regelung der Arbeitsbedingungen sei nach wie vor Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft und nicht die einer willkürlichen Besetzung.

Die Vertreter des Alten Bergarbeiterverbandes betonten noch, daß sie in der Besprechung mit der Reparationskommission unter Anerkennung der Pflicht der Wiedergutmachung den Wunsch zum Ausdruck gebracht haben, an der Prüfung der Kohlenlieferungsfrage durch den Internationalen Bergarbeiterbund beteiligt zu werden. Die Mitglieder der Reparationskommission hätten ihre Zustimmung hierzu erklärt, offiziell aber bisher noch nichts in diesem Sinne unternommen.

Proteststreik auch im Saargebiet.

Saarbrücken, 13. Januar. (W.B.) Auch im Saargebiet wird durch allgemeinen Generalausstand am 15. Januar von 11 bis 11 1/2 Uhr protestiert. Die politischen Parteien und die Gewerkschaften aller Richtungen fordern in Aufrufen an die Bevölkerung dazu auf.

England fürchtet die Nationaltrauer nicht.

Aöln, 13. Januar. (W.B.) Im britisch besetzten Gebiet ist gegen das Hissen der Flaggen auf Halbmast zum Zeichen der Trauer am Sonntag kein Einspruch erhoben worden.

Essen, 13. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Wir erfahren aus zuverlässiger Quelle, daß das Trauerverbot von den Franzosen gegen den Widerstand der Engländer durchgedrückt worden ist.

dahin gehören u. a. Böngs- und Querstriche, Tabellen, graphische Darstellungen und Kartenskizzen in einfacher Ausführung.

3. Die unentbehrlichen Jahreszahlen sind zu Tabellen zusammenzustellen.

4. Es ist darauf Bedacht zu nehmen, daß durch das Buch die freie Gestaltung des Arbeitsunterrichts nicht gehemmt wird.

Die Bücher, deren Einführung beantragt wird, sind nach diesen Gesichtspunkten zu prüfen. Es soll gestattet sein, dem Minister die Arbeiten in Maschinenschrift vor dem Sage einzureichen. Die geltenden Bestimmungen über Einführung neuer Lehrbücher werden hierdurch nicht berührt.

Wider Bergarbeiterstreik. In Zwidau sind gestern die Bergarbeiter in den Streik getreten, weil ihre Forderung auf sofortige Auszahlung von 10 000 Mark pro Mann abgelehnt wurde und weil ihrer weiteren Forderung, nur mit der Belegschaft direkt zu verhandeln, nicht stattgegeben wurde. Es handelt sich um die Belegschaft von Bürgerhacht 2, Gottesblisse und Tiefbau. Die Ausständigen zogen auch nach Bürgerhacht 1 und Glückauf und hielten die dort arbeitenden Bergarbeiter heraus. Den Bemühungen eines Regierungskommissars gelang es nicht, eine Einigung zu erzielen.

Reichstag und Ruhrbesetzung.

(Schluß aus dem Hauptblatt.)

Reichskanzler Dr. Cuno (fortfahrend): Zunächst stehen wir allein. Wirtschaftliche Reparationsverhandlungen, zu denen wir immer bereit waren, und bei Wiederherstellung des Rechts immer bereit sein werden...

Das Deutsche Reich und seine Existenz zu vernichten, jene Politik, in deren Dienst im Februar 1917 erklärt wurde: „Dah die jetzt zu dem Bestande des Deutschen Reiches gehörenden linksrheinischen Gebiete von Deutschland ganz abgetrennt und von jeder politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit von Deutschland befreit werden sollten.“

„Witten im Frieden haben Sie Krieg geführt und wunderbare Eroberungen gemacht. Sie haben eine Reunionskammer eingeseht, um Richter und Partei zugleich zu sein; daß dies der Rechtsanmaßung und Gewalttätigkeit noch Kränkung und Hohn hinzuzufügen.“

Auf die Haltung des deutschen Volkes kommt es an. Fühbar geht eine Bewegung durch unser Volk, deren Tiefe man darum vielleicht nicht ganz ermisst, weil man gewohnt ist, es mit unveränderlicher Geduld und Leidenskraft seine Lasten schleppen zu sehen.

Zu dem gehört in unserer Lage die höchste Besonnenheit, die Sammlung aller Seelenkräfte. Denn jeder falsche Schritt jedes einzelnen aus Unüberlegtheit oder aus Mangel an Selbstbeherrschung, kann von schlimmsten Folgen für die Gesamtheit werden.

Über erinnern muß ich an die kommende Not. In diesem Augenblicke, weil wir klar sehen wollen. Es ungt nichts, harte, harte Worte sprechen und morgen können, daß Opfer und Bürde zu schwer seien.

Die Erklärung der Bürgerlichen.

Abg. Dr. Stresemann (D. Sp.) gab im Namen sämtlicher bürgerlichen Parteien eine Erklärung ab, in der es heißt: Irreführender Völkerverstoß hat zur Besetzung des Ruhrgebietes durch die französische Militärmacht geführt. Deutsche wirtschaftliche Unternehmungen sind anmaßender französischer Vormacht unterworfen worden.

Das Vorgehen der Regierung findet unsere Billigung. Ueber unser deutsches Volk werden schwere Zeiten kommen. Wir werden das menschenmöglichste tun, sie zu mildern. Die Initiative der Erzeuger und Verbraucher in Stadt und Land muß der Reichsregierung in Anmütigkeit, Hoherzucht und starkem Mut zur Seite stehen.

lands ganzer Mittelstand, der für Staatsleben und Kultur bisher das Beste geleistet hat, droht zugrunde zu gehen. In dieser Zeit der Not erwarten wir von dem deutschen Volke die Bewahrung nationaler Würde, Ernst und Besonnenheit.

Abg. Müller-Franken (Soz.):

Der Herr Reichskanzler hat feierlichst Proteste eingelegt gegen den die Grundzüge des Versailler Vertrages, seinen Wortlaut und seinen Sinn verlegenden Gewaltakt der Besetzung des Ruhrgebietes durch französische Truppen.

Belgien hat selbst während vier Jahren eine Okkupation in bewundernswürdiger Weise ertragen, und jetzt hat das Land, nachdem es sich die Sympathien der ganzen Welt erworben hatte, selbst den Boden des Rechts verlassen und an die brutale Gewalt appelliert.

Die Leidtragenden bei diesem Vorgehen

sind jene armen Bewohner der im Kriege verwüsteten Gebiete, denen Tausende von Heimstätten gebaut werden können für die Summen, die der Militarismus mit seiner Besatzungsarmee verschlingt.

Es wird bald Zeit,

daß dieser Tag der Verständigung kommt, denn mit jedem neuen Tag, an dem der deutsche Kredit weiter zerstört wird, schwinden die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Regelung der deutschen Reparationskosten.

Wir kennen die Gründe nicht, aus denen die Regierung auch jetzt noch ihre Vorschläge zurückhält; die Gründe dafür erscheinen uns nicht stichhaltig.

Wir sind bereit, jede vernünftige wirtschaftliche Lösung zu unterstützen; wir werden die Regierung auch in allen Maßnahmen zur Abwehr französischer Gewalttaten unterstützen, die zweckdienlich sind.

Der Wortlaut des Friedenspaktes, den Frankreich ausdrücklich abgelehnt hat, erweist, daß nicht nur die Westgrenze, sondern auch die Ostgrenze einbezogen war.

Wir haben den Aufruf der Reichsregierung auch deshalb begrüßt, weil er zur Ruhe und Besonnenheit und zu eiserner Selbstbeherrschung mahnt. Wir haben es begrüßt, daß der Reichskanzler sich Mühe gegeben hat, den Wahn von einer angeblichen deutschen Revanche zu zerstören.

die Rede sein, wenn in Aufrufen gegen die „Schmach des 9. November“ gemeldet wird, wenn Hitler gegen die „Verbrecher des 9. November“ hehlt.

Es wäre gut, wenn die Reichsregierung ihre Aufmerksamkeit auch den Geldquellen dieser rechtsradikalen Kreise schenken würde.

Die neue Lage ist eine der schwierigsten, die wir seit Ende des Krieges haben; zu dem vielen Elend kann sich noch mit Leichtigkeit Arbeitslosigkeit in der Industrie gesellen.

Die Arbeiter sind die letzten, die sich in dieser Zeit zu Lohnbewegungen drängen; ihr Interesse liegt vielmehr an einer Stabilisierung der Mark.

(Zurück bei der D. Sp.: Mehr Arbeit) Eine Rotgemeinschaft, wie sie verlangt wird, setzt voraus, daß nicht die einen die Ruhestörer der Kostage der anderen werden. Daher muß bei den Maßnahmen, die aus politischen Gründen getroffen sind, geprüft werden, daß sie sich nicht wirtschaftlich auswirken.

Inzwischen ist ein Antrag Marx und Gen., eingegangen: „Der Reichstag erhebt gegen den Rechts- und Vertragsbruch der gewalttätigen Besetzung des Ruhrgebietes feierlichen Protest.“

Abg. Graefe (Deutschösterreichische Freiheitspartei) fordert den sofortigen Abbruch der diplomatischen Beziehungen, die Ausweisung aller Reparations- und Kontrollkommissionen, die Aufhebung des Verbots nationaler Organisationen und Amnestie für alle unter dem Ausnahmegesetz zum Schutze der Republik Verurteilten.

Abg. Fröblich (Komm.) bekräftigt dem Bürgertum, das von jeder selbst gewalttätigen Politik getrieben hat, das Recht zur Entrüstung. Die Erfüllungspolitik habe ein hungriges Proletariat und eine sklammende Bourgeoisie hinterlassen.

Preussischer Ministerpräsident Braun

protestiert namens der verbündeten Länder und des Reichsrats gegen die Besetzung des Ruhrgebietes und erklärt, daß die deutschen Länder geschlossen hinter der Reichsregierung stehen in der feilen Ueberzeugung, daß deutsches Land heimgesucht ist von einem militärischen Ueberfall und daß es dringend notwendig ist, daß alle im Reich vereinten Länder und auch das Volk in seiner Gesamtheit fest zusammenstehen und nach Wegnahme ihrer Kräfte sich dieser Gewalttat entgegenstellen.

Abg. Stresemann (D. Sp.) beantragt Schluß der Debatte. Abg. Müller-Franken (Soz.) erklärt, man könne, nachdem man Graefe für die Dreimänner-Fraktion sprechen lassen habe, nicht Ledebour als dem Vertreter einer Zweimänner-Fraktion das Wort abschneiden.

Der Schlußantrag wird gegen die Linke angenommen. Ein Mißtrauensvotum der Kommunisten gegen die Regierung wird abgelehnt und der Antrag Marx und Gen. in namentlicher Abstimmung mit 283 gegen 12 Stimmen bei 16 Enthaltungen angenommen.

Präsident Eöbe fügt dieser Abstimmung hinzu: Der Reichstag hat damit gesprochen. Ich glaube, das deutsche Volk wird dieser Abstimmung zustimmen.

Abg. Graefe (Deutschö. Freiheitssp.) erklärt, bei Beginn der Abstimmung nicht den Wortlaut des Vertrauensvotums gefasst zu haben. Sonst würde er für den ersten Abschluß gestimmt haben.

Nächste Sitzung Montag 2 Uhr. Schluß 5 1/2 Uhr.

Der Zwischenfall.

Zu dem bereits im Leitartikel erwähnten Vorfall bei der Abstimmung wird uns aus der Reichstagsfraktion geschrieben: Bei der Abstimmung über den Antrag Marx kam es zu einem Zwischenfall. Ein Teil unserer Fraktion stimmte entsprechend dem Fraktionsbeschluss für diesen Antrag, ein kleiner Teil gab blaue Enthaltungszettel ab, ein dritter Teil entzerrte sich, ohne abgestimmt zu haben, aus dem Saal.

Zu diesem Zwischenfall war es auf folgende Weise gekommen: Die Fraktion hatte in ihrer Vormittags-sitzung über den Vorschlag zu entscheiden, nachdem am Schluß der Debatte eine Erklärung angenommen werden sollte, die gegen die Ruhrbesetzung protestiert und der Regierung Unterstützung in ihrer Abwehraktion verspricht.

In der Debatte sprach für alle bürgerlichen Parteien mit Ausnahme des Völkischen Stresemann, während für die Völkischen Graefe eine besondere Erklärung abgab, für uns Hermann Müller, für die Kommunisten Fröblich. Nach Fröblich wurde von den bürgerlichen Mittelparteien Schluß der Debatte beantragt, obwohl nur noch der Vertreter der Ledebour-3-Männergruppe zum Wort gemeldet war.

wurde mit allen bürgerlichen gegen alle sozialistischen Stimmen Schluß der Debatte beschlossen.

Im Weltenschauspiel war bekannt gewesen, daß auch Ledebour sich zum Wort melden wollte. Die bürgerlichen Parteien hatten dort ihre Absicht, ihm das Wort nicht zu verflotten, in feiner Weise zu erkennen gegeben.

Dem Beschluß auf Debattefolgte unmittelbar die namentliche Abstimmung über den Antrag Marx. Es ist möglich und sogar wahrscheinlich, daß sich ein Teil der Fraktionsmitglieder, die in der Fraktionsitzung gegen jede gemeinsame Erklärung mit den bürgerlichen Parteien gestimmt hatten, vor der Abstimmung im Plenum aus dem Saal entfernt hätte, wie das der Fraktionsbrauch erlaubt. Durch den unmittelbar vorangegangenen Zwischenfall, der wie eine Provokation wirkte, war nun die Stimmung so erregt, daß viel mehr Fraktionsmitglieder den Saal verließen, als es sonst der Fall gewesen wäre und einige andere zum Zeichen ihres Protestes blaue Enthaltungszettel abgaben. Unter denen, die sich aus dem Saal entfernten, befanden sich auch Genossen, die in der Fraktion für den Antrag Marx eingetreten waren.

Wirtschaft Gefahren.

Die vergangene Woche brachte den Einmarsch der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet. Ein großer, für den Bestand der deutschen Volkswirtschaft unentbehrlicher Teil, ein Rohstoff- und Kraftzentrum gewaltigster Bedeutung ist durch diesen dem Friedensvertrag widersprechenden Gewaltakt in die Hand eines unter der Last seiner Schulden zusammenbrechenden und deshalb mit der Geste des rücksichtslosen Imperialismus auftretenden Staates gefallen. Was von dieser schweren Erschütterung des deutschen Wirtschaftslebens auch katastrophale Rückwirkungen auf die Entwicklung der Mark erwartet hatte, sah sich enttäuscht. Der Dollarkurs stieg zwar am Dienstag auf den Rekord von 10 000 und überschritt diesen Stand wesentlich, um am Wochenende mit 10 350 (Ende voriger Woche 8555) abzuschließen. Dieser neue Kurssturz der Mark wirkt weiter auf die Preise erhöhend ein, er bleibt aber hinter der Marktentwertung früherer Perioden wesentlich zurück. Es besteht jedoch Grund zu der Befürchtung, daß damit der Abstieg der Mark noch längst nicht beendet ist. 50 Proz. der Steinkohlenförderung des Ruhrgebietes, über 40 Proz. der Steinkohlenförderung des gesamten Deutschlands ist mit dem Vormarsch der Franzosen in fremde Gewalt gekommen. Ein Rückgang der Kohlegewinnung erscheint unvermeidlich. Und selbst wenn er nicht eintreten sollte, obwohl alle Kündigen damit rechnen, ist nach den Gepflogenheiten der französischen Besatzungsstruppen anzunehmen, daß von der Förderung des neu besetzten Gebietes ein wesentlich geringerer Teil für den Verbrauch des unbesetzten Deutschland freibleiben wird als bisher. Die Besatzungsstruppen haben nämlich im Rheinland immer auf eine bessere Kohlenbeschaffung dieses Landesgebietes bestanden. Nur um ein Beispiel zu nennen, sei darauf hingewiesen, daß zu einer Zeit, wo die deutschen Eisenbahnen nur für vier bis sechs Tage mit Kohle versorgt waren, im besetzten Gebiet Eisenbahnkohlenvorräte für 42 Tage gepöckelt wurden. Als das nicht mit den üblichen Lieferungen gelang, ging man mit der Beschloßnahme der auf den Transportwegen laufenden Kohle vor. Weithin beschäftigten die Franzosen auch jetzt zu verfahren. Schon in der Note, die den Einmarsch ankündigte, war davon die Rede, daß man nicht nur die Reparationskohlenlieferungen betreiben, sondern auch für die Beseitigung der — schon bisher von den deutschen Kohlenverteilungsorganen bevorzugt belieferten — besetzten Gebiete sorgen wolle. Die Kohlendücke wird auf diese Weise vergrößert; Deutschland wird so für die nächste Zeit auf die erhöhte Ausnutzung seiner Braunkohlevorräte, aber auch auf vermehrte Einfuhren aus dem Ausland angewiesen sein. Daraus aber ergibt sich eine neue Belastung der Zahlungsbilanz, die wieder den Wert der Mark herabdrückt.

Uebrigens kann nicht nachdrücklich genug betont werden, daß Frankreich keinen stichhaltigen Grund zur Besetzung des Ruhrgebietes hatte. Als auch aus verkehrstechnischen Gründen die deutschen Lieferungen fast unmöglich wurden, erbot sich die deutsche Regierung, statt westfälischer Kohle englische zu kaufen und abzuliefern. Dieser Vorschlag blieb unbeachtet. Dafür besaß man Deutschland, 125 000 Tonnen Kohle monatlich in Ostpreußen zu kaufen, sie durch ganz Deutschland rollen zu lassen und auf Reparationskonten zu liefern. Das wurde nun abgelehnt. Das Konto aber, das in den Kohlenlieferungen bestand, war überreichlich ausgeglichen dadurch, daß Deutschland schon vor Beginn seiner Pflichterfüllung ein freiwillig Reparationskohle nach Frankreich gebracht hatte.

Daraus geht hervor, daß es Frankreich nicht so sehr an der Kohle liegt, sondern an der Besetzung des Ruhrgebietes, um sich damit auf Kosten Deutschlands bezahlt zu machen. Damit steht auch nicht in Widerspruch, daß nun Frankreich selbst den Zeichenbesitzern die Bezahlung der an Frankreich zu liefernden Kohle angeboten hat. Diese angebotene Bezahlung dürfte ebenso ein Köder zur Organisation und Förderung des französischen Kohlenbeitragsprogramms sein, wie die Zusage an die Bergarbeiter, man wolle ihnen billige Lebensmittel liefern. Die Bergleute haben den plumpen Versuch, ihre Fremdschaft zu gewinnen, rundweg abgelehnt.

Die Gefahren, mit denen zu rechnen ist, sind also Rohstoffmangel und fortschreitende Teuerung. Der zu erwartende Kohlenmangel dürfte, wie man uns an berufener Stelle versichert, nicht über Nacht hereinbrechen, da, zum Teil wegen der erhöhten Einfuhr der letzten Monate, noch einige Vorräte vorhanden sind. Um so größer ist die Sorge für die Zukunft auch auf diesem Gebiete. Dagegen haben die vom Reichskanzler gegen die Teuerung angeklündigten Maßnahmen noch keine feste Form angenommen. Sie werden vorerst noch im Reichswirtschaftsministerium erwogen. Inzwischen sind die Kohlenpreise um 50—67 Proz. heraufgesetzt, alle übrigen Industrien folgen, als wenn gar nichts passiert wäre. Die Landwirte fordern Preiserhöhungen, in den steigenden Preisen der Auslandswaren wirkt sich die Währungsverschlechterung aus. Jedenfalls ist bei den inländischen Interessentkreisen des unbesetzten Gebietes nichts von der Opferbereitschaft zu spüren, die im Angesicht einer Zeit schwerster Not für das ganze deutsche Volk als selbstverständlich gelten sollte. Das Reichswirtschaftsministerium aber verhält sich abwartend. Das geht auf keinen Fall so weiter.

Wir verkennen keineswegs die Schwierigkeiten eines energischen Eingriffs in den Warenmarkt. Aber es muß doch auf das entschiedene gefordert werden, daß man sich endlich auf den Wirtschaftskrieg, der jetzt seinen Höhepunkt erreicht hat, ernsthaft rüstet. Man ruft nach Einheitsfront und ähnlichen schönen Dingen. Das arbeitende Volk, das sich schon gegen die Ausnutzung von Reparations- und privaten Gewinnzwecken gewehrt hat, wird es nicht verstehen, wenn nach Kriegs-, Revolutions- und Reparationsgewinnern noch eine neue Kategorie von Befähigungsgewinnern tritt. Es ist höchste Zeit, daß man sich darüber klar wird. Solange die Börse auf das Unglück des deutschen Volkes mit Kurssteigerungen reagiert, ist schärfstes Mißtrauen am Platze. Noch sind die Auswirkungen

Für die Volksbühne.

Mehr denn je bedarf heute jeder Volksgenosse feierlicher Feiertage, die ihn über die Rüste des Alltags erheben und ihm neue Kraft geben für die notwendigen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Kämpfe. Solche Feiertage zu vermitteln, ist vor allem das Theater berufen, in dem die einseitlich und feillich gestimmte Menge ein lebendig verkörpertes Kunstwerk miterlebt.

Die Berliner Volksbühne E. V. hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Massen das Theater zu erschließen. Indem sie

die organisierten Besucher selbst zu Trägern ihrer Theater macht und den Mitgliedern des Vereins ein Mitbestimmungs- und Kontrollrecht über Geschäftsführung und Spielplangestaltung gewährt, verwandelt sie das Theater aus einem Geschäftsunternehmen, dessen höchstes Ziel der Gewinn ist, und das dieses Gewinnes wegen zu allen Konzeptionen an den schlechten Geschmack bereit ist, in ein Kulturinstitut, das den Gemeinschaftswillen einer Vereinigung künstlerisch bewusster Menschen spiegelt. Während durch planwirtschaftliche Regelung des Besuches das Risiko halb leerer Häuser vermieden wird, sorgt ein einheitlicher Beitrag für alle Mitglieder des Vereins bei Auslosung der Plätze vor jeder Vorleistung für die Aufhebung aller Rang- und Klassenunterschiede im Theater. Hervorgewachsen aus den Kulturbestrebungen des Berliner werktätigen Volkes, ist die Volksbühne heute wie immer eine Einrichtung, an deren Erhaltung und Ausbau die Arbeiter, Angestellten und Beamten Berlins das allergrößte Interesse haben.

Die gewaltige Geldentwertung der letzten Zeit zwang die Volksbühne zu einer erheblichen Steigerung ihrer Vorleistungsbeiträge. Die unterzeichneten Spitzenorganisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten können aber auf Grund eingehender Beratungen mit den Vertretern der Volksbühne bestätigen, daß diese trotz spärlichster Wirtschaft die Beiträge niedriger nicht anzusehen vermag; dies wäre nur möglich auf Kosten der künstlerischen Arbeit und einer unzumutbaren Bezahlung der Angestellten der Theater. Die von den unterzeichneten Organisationen vertretenen Massen haben das stärkste Interesse daran, daß die Volksbühne nicht ihren künstlerischen Charakter verliert, wie auch daran, daß das Personal der Volksbühnenarbeit angemessen bezahlt wird. Die notwendige Erhöhung der Beiträge darf deshalb keinen Grund bilden, sich der Volksbühne fern zu halten.

Wenn von anderen Theatern, zum Teil durch die Vermittlung von Organisationen, Betriebsräten usw. billigere Theaterkarten angeboten werden, so sehen sich die unterzeichneten Spitzenverbände auf Grund vielfacher Erfahrungen genötigt, zur Vorsicht zu mahnen. Häufig sind in solchen Fällen sehr erhebliche Nachzahlungen zu leisten, auch werden nur minderwertige Plätze ausgegeben usw. Uebrigens bedeuten die Arbeiter und Angestellten mit ihren „billigen“ Karten in jenen Theatern nichts anderes als „Fäulnis“. In keiner Weise gewinnen sie Einfluß auf die Führung der Bühnen, die sich in der Hauptsache nach dem Geschmack vorlauter Ausländer und Kriegsgewinnler richten.

Die Volksbühne bietet ihren Mitgliedern Schauspiele wie Opern: Schauspiele in ihren eigenen Theatern, der Volksbühne am Klopplatz und im Neuen Volkstheater, ferner in einigen fremden Häusern, so dem Schiller-Theater, dem Lessing- und Künstler-

Theater usw. Opern erhalten die Mitglieder zurzeit bei der großen Volksoper im Theater des Westens, in absehbarer Zeit wird dazu die Oper am Klopplatz, die ehemalige Kroll-Oper, treten, die zurzeit auf Kosten des Vereins umgebaut wird, und in der die künstlerischen Kräfte der Staatsoper spielen werden.

Es wäre ein schwerer Verlust für das Kulturstreben des werktätigen Volkes Berlins, wenn die Volksbühne durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten dieser Zeit Schaden nähme. Das darf nicht sein! Die Unterzeichneten Spitzenorganisationen rufen deshalb ihre Angehörigen auf, sich mehr denn je für die Volksbühne einzusetzen. Die Volksbühne E. V. ist ihre

Bundesgenossin im Kampf um die kulturelle Hebung und Befreiung

der proletarischen Volksschichten. Jeder Arbeiter, jeder Angestellte, jeder Beamter sollte seinen Stolz dorein setzen, auch Mitglied der Volksbühne zu sein!

Insbesondere ergeht an alle Frauen die Aufforderung, die Sache der Volksbühne zu der ihrigen zu machen! Sind sie doch vor allen anderen berufen, in dies Leben des Alltags Licht und Freude zu bringen und für jene Feiertage zu sorgen, die das Erlebnis edler Kunstwerke schafft.

Wer der Volksbühne bereits angehört, darf sich durch die erhöhten Beiträge nicht abschrecken lassen, ihr die Treue zu wahren! Wer dem Verein noch nicht beigetreten war, melde sich sofort als Mitglied an! Jeder werbe unter seinen Freunden und Bekannten!

In der nächsten Zeit werden durch gewerkschaftliche Vertrauensleute Werbelisten in den Betrieben und Bureaus herumgereicht werden. Es gilt, dafür zu sorgen, daß sie in möglichst kurzer Zeit mit Neuanmeldungen gefüllt zurückgegeben werden können. Daneben kann jeder auch seine Anmeldung unmittelbar bei einer der Zahlstellen der Volksbühne E. V. vollziehen, so in der Geschäftsstelle des Vereins, Linienstr. 227, in der Volksbühnenbuchhandlung, Köpenicker Straße 68, bei den Theaterkassen der Tischhändler Warenhäuser usw.

Die Volksbühne ist das Theater des Volkes!

An die Stelle des kapitalistischen Geschäftstheaters setzt sie das wahre Kulturtheater, das ohne Gewinnabsichten arbeitet. Je größer der Zustrom neuer Mitglieder, desto mehr Theater können von der Volksbühne E. V. ihres geschäftlichen Charakters entkleidet und in den Dienst der Volksbühnenarbeit gestellt werden. Helfe deshalb jeder mit, dieses große Kulturwerk der Berliner Arbeiterbewegung zu erhalten und auszubauen!

Gewerkschaftskommission Berlin.

Sabath.

Allgemeiner freier Angestelltenbund,

Ortskartell Groß-Berlin.

Platau. Otto. Rogach.

Ortsauschuß Berlin des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes.

Weise.

Bezirksvorstand Berlin

der Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger.

Ludwig Körner.

Volksbühne E. V.

Springer. Baake. Wagner.

Ruhrbesetzung in der deutschen Wirtschaft wenig zu spüren. Man darf aber nicht warten, bis es zu spät ist. Von allen Seiten drohen Gefahren, denen es energisch entgegenzutreten gilt.

Weitere Steigerung der Großhandelspreise.

Nach den Messungen der „Industrie- und Handelszeitung“, die sich auf 44 Waren des Großhandels erstrecken, sind in der Woche vom 6. bis 12. Januar die Warenpreise um 13,9 Proz. gestiegen. In der ersten Januarwoche standen die Preise nach diesem Anstieg auf dem 1798fachen, in der zweiten auf dem 2049fachen ihres Vorkriegsniveaus.

Abflauen der Weltseefahrtstöße. Seit dem Jahre 1921 konnten in der englischen Uebersee-Handelschiffahrt über eine halbe Million Tonnen Schiffsraum, die damals infolge der Störung am internationalen Warenmarkt unbeschäftigt dalagen, wieder in Fahrt gestellt werden. Insbesondere ist wieder mehr Arbeit für Schleppdampfer vorhanden.

Der Verkehr von Deutschland nach dem Osten. In diesen Tagen findet in Berlin eine Eisenbahnkonferenz zwischen Deutschland, Estland, Lettland, Litauen, Polen und Sowjetrußland statt, welche die Frage eines direkten Eisenbahnverkehrs zwischen Deutschland und Rußland erörtern soll. Eine zweite Konferenz wird über den direkten Warenverkehr zwischen Deutschland, Litauen, Lettland und Estland sowie über die Einführung des direkten Personenverkehrs beraten; an dieser Konferenz werden nur die erwähnten drei Staaten teilnehmen.

Filmschau.

Der Film „Nathan der Weise“.

Uraufführung in der Alhambra.

Das Gewissen der Welt ist verurteilt von der Mähe des Krieges; einer Mähe, unter der Feuer schilt. Und im Westen des Reiches springt Dah. Hier und Angst deutsches Leben an. Trauertag. In diesen Trauertagen leuchtet, vor neuem Schein ermedt, Lessings verklärte Weisheit von der normalkönnen, verlebendenden Menschlichkeit. Die Parabel von den drei Ringen, die der weise Nathan erzählt, das Preislied auf die Ethik als Religion, ist sichtbar gemacht, Lessings Gedicht von der Humanität im Film wiedererstehen.

Wäre dieser Film der Babaria-Film-Gesellschaft nur ein wenig minder groß und wunderbar, als er eben geriet, man mühte ihm eine sanftere Blase; so aber springt die Rollenführung, die prachtvolle Vereinigung der Idee mit den Gesetzen des Films zu einem Dank an diejenigen, die ihn schufen.

Nachdem eine Welt leidet, wodurch sie sich erlöst, verstandene Liebe, hat Lessing sanftbildhaft gestaltet; Lessing getreu und dem Film getreu, hat es der Regisseur Hans Kister aus dem Sinnbild in das innerste Bild überleitet. Seine Verfilmung ist das Geworden, was ihm als Ziel voranschwebte. Keine Illustration des Dialogs, sondern eine Sichtbarmachung der Absicht.

Unsere werten Inferenten

machen wir darauf aufmerksam, daß die jeweiligen Anzeigenpreise regelmäßig am Kopf des „Vorwärts“ angezeigt sind / Besondere Benachrichtigung bei Preisänderungen erfolgt nicht

VORWÄRTS-VERLAG G. m. b. H.

Der Film hat keine nationale Grenze, darum rüttelt dieser Film, aus deutschem Geist gewonnen, an das Gewissen der Welt. Im Sinne Lessings gibt er einer Weltanschauung im Welt und in der Liebe den überlegenden Nachdruck. Das das Manuskript über diesen inneren Welt hinaus, ganz und gar stimmungsgemäß, dramatisch durchdacht und von Respekt von der bildhaften Gestaltung des Films erzählt ist, spricht für das technische Geschick des nachrichtenden Autors.

Manfred Kraus, bisher dem Komromiss zwischen Künstlertum und breitem Geschmack nicht immer unzugänglich, leitete das Spiel. Es ist die unerreichte Leistung der Filmregie geworden. Von der ersten bis zur letzten Szene alles auf die große Idee gestellt. Sie ist Sinn und Zweck des Films, sie das Treibende, um das alles Bismontentum kreist. Der Triumph der Liebe gibt in Ross Regie dem Film Halt und Größe. Ganz neu ist es wie dem Regisseur das Wissen und dessen Belegung gelang. Ohne Melodramatik stellt er Schichtenbilder von sichminderndem Gehalt im jugendlichen Atem. Daneben in den — darunter mehrerhalten — Tanten eine Fülle von Ereignissen, von notwendigen und lauten Epochen, die erfüllt. Ein himmlisch feinerwogener Sinn für Menschlichkeit, auch im Feilschen noch, eine kühnere Lebensfähigkeit. Stimmungsbilder von ausstehenden Kreuzfahrern, die später unwahrscheinlich mittelbar sind. Aus dem Dunkelheit holt Kraus wahrhaftig das Letzte. Sie leben und sterben schier für Ideen.

Voran Werner Kraus als Nathan. Jede Geste ein Walm, alle Weisheit in die Gebärde der Glaubwürdigkeit gebildet und doch fast vom Humour der Weltanschauung. Ganz und gar Ruhe, und unter dem Bahriarchenschädel schließt das Gewissen der Menschheit. Bild gewordenes Bibel. Eine neue Darstellung, Wella Wulzney bringt in ein Radonnenormat tiefe Beleuchtung, auch Kister als Nathan Saladin in orientalischer Gediegenheit, Licht zueinander, von tiefer Bismontent. Der Dirigent der Alhambra, Schmidt-Glunzer, untrahnte die Aufführung, die zugunsten der Wohlhabendleistungen des freien deutschen Schattens stattfand, aus dem brillanten Orchester alle Steigerungen und feinsten Nuancen holend, mit thematisch gestreich geäußter Musik. Mag Preis.

Die Filme der Woche.

„Das Komödiantenkind“, das nach Max Erbes Roman für den Film bearbeitet wurde, gibt dem Regisseur Fred Sauer Gelegenheit, schöne Bilder zu stellen, dekorativen Rahmen zu spannen. Als das sah man bei der Uraufführung im U. K. Kurfürstendamm und freute sich darüber. Aber, das, worauf es schließlich beim Film ankommt, der in Bildern aufgelöste Handlungsverlauf, der wurde vernutzt. Die Geschichte vom Komödiantenkind, das sich von der Schmiere zur Bühne durchkämpft, blieb im Bildschilde stehen. Grete Reinwald, eine sehr triebhafte Darstellerin, verlor, sie präsentierten Fuder fast eines Schindlers. Ließ also die nicht allein lehrmachende Schönheit des allerdings künstlerisch gefälligen, aber leeren Rahmens.

Auch der zweite Teil des Komödienfilms „Der siegende Holländer“ (U. K. Kollonplatz nach Kapitan Marvats Roman) ist dieselbe Enttäuschung wie der erste. Nur, daß man nicht mehr zu erhaschen hat. In schärfster breiter Gelassenheit sollen die Vorgänge ab, manches läßt sich leicht Detail, manche parteiweiser Wirkung ist angenehmer, aber schließlich Regenerie. Ganz mißlungen sind die Ansätze zu phantastischer Gestaltung, weil sie eben nur recht billige Ansätze bilden. Und die Phantastik ist doch gerade unregelmäßig Filmgebiet. Die Darstellung ist auch im zweiten Teil unperfekt und reizlos.

Die läde, unmahrscheinliche mühsam zusammengestobelte absolut belanglose Geschichte von der „Liebe Pigerfabrik“, die Karl Sigdor aus dem Gewissen hat, konnte auch durch die sorgfältige und die Zimadenereignisse etwas wärende Regie Protokoll nicht gewinnen. Werkwürdig, den Zuschauer gefiel die Angelegenheit. Sie hatten aber bestenfalls Anlag, das gut temperierte Spiel der Grete Dieck, der Charlotte Kuder und der Herren von Wangerheim sowie des sich scheren Diegelmann anguerkennen.

„Aufstieg“ hat man einen Film genannt, der von Schürker und Dummheit handelt. Die Dummheit ist bedauerlich breit ausgedehnt. Daher konnte auch der Film bei seiner Uraufführung in den Richard-Oswald-Theatern keinen günstigen Eindruck hinterlassen. Es fehlt jede Straffheit, und das wolle Durcheinander imponiert wahrhaft nicht. Wella bringt als Naturforscher ein paar nette, aber löbliche Momente, und die Anflucht zum Schloß erweist als Landschaftsbild. Somit jedoch ist der ganze Film ein Strauß aus Kraut und Rüben, mit dem man wirklich nichts anzulangen weiß.

Die Dullig-Woche bietet Auskünfte aus aller Welt. Doch mag es keinen angenehmen Eindruck, zu sehen, wie die Herrschaften vom Film es verstehen, sich feiern zu lassen.

Jugendveranstaltungen.

Verein Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Alle Mitglieder beteiligen sich an den Kundgebungen der Partei in den bekannten Betrieben.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Internationaler Bund der Kriegsveteranen, Ortsgruppe Straß-Preußen.

Briefkasten der Redaktion.

Bitte die Anstalten nicht zu verlassen. Jeder für den Briefkasten bestimmten Brief...

ausser Eulrich sein. - Kopf 13. Für die Steuerpflicht Ihrer Frau...

Geschäftliche Mitteilungen.

Die Geschäftsbetriebsgesellschaft, Aktiengesellschaft, eröffnet am 15. d. M. ein neues Ausstellungs- und Verkaufsgeschäft...

BAD ELSTER im Winter geöffnet

Moor- und Mineralbäder, Trinkkuren, med.-mech. Institut; alle Fremdenhöfe, viele Vermiethäuser und Kaffees offen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54, Lindenstraße 53/55.

Morgen, Montag, den 15. Januar, abends 8 Uhr.

Vertrauensmänner-Konferenz der Bau-, Gewerbe- u. Wäbel-

schlosser.

Tagesordnung: 1. Bericht der Tarif-

kommission. 2. Stellungnahme dazu.

Morgen, Montag, 15. Januar, nach-

mittags 6 Uhr, in den Sophien-Sälen,

Sophienstr. 16/17.

Brauchenversammlung

der Chirurgie-Mechaniker.

Tagesordnung: Bericht von der

Konferenzübernahme.

Wegen künftigen Erscheinens wird

erwartet, da der Saal um 6 1/2 Uhr gedrückt

sein muß. - Mitgliedsbuch legitimiert.

Dienstag, 16. Januar, nachm. 5 Uhr,

in der Rindl-Deutscher, Neustädter,

Berlin, in der Sophien-Sälen,

Sophienstr. 16/17.

Bezirkskonferenz

des 6. Bezirks der Bezirks-

leitung.

Tagesordnung: Bericht der Bezirks-

leitung.

Wegen künftigen Erscheinens wird

erwartet, da der Saal um 7 Uhr gedrückt

sein muß.

Säulenbezirke 8-10

Dienstag, 16. Januar, nachm. 4 1/2 Uhr,

in der Grotte, Grottenstr. 1/2,

Grottenstr. 1/2.

Fortsetzung der vertagten

Vertrauensmänner-Konferenz

vom 6. Dezember 1922.

Wegen künftigen Erscheinens wird

erwartet, da der Saal um 7 Uhr gedrückt

sein muß.

Wichtig! Bewandlungs-Wichtig!

Dienstag, 16. Januar, nachmittags

5 1/2 Uhr, im Verbandslokal (Arbeits-

lokal), Prenzlauerstr. 33-35.

Brauchenversammlung

der Tischler.

Tagesordnung: 1. Abkündigung über

den Todnachricht für die zweite Jahres-

versammlung. 2. Verhandlungsgegenstände

der Beschlüsse.

Wegen der wichtigen Tages-

ordnung muß jeder pünktlich anwesend

sein. - Mitgliedsbuch legitimiert.

Dienstag, 16. Januar, nachm. 8 Uhr,

im Hotel, Hotel, Hotelstr. 71.

Brauchenversammlung

der Hausfrauen und der Kollegen

aus den Bezirken der Kolonnen

der Gruppenleitung.

Tagesordnung: 1. Bericht der Tarif-

kommission. 2. Stellungnahme dazu.

Wichtig! Hauptgruppe IV Wichtig!

Untergruppen 8 bis 13

Mittwoch, 17. Januar, abds. 6 1/2 Uhr,

im Lokal von Hedwig, Hedwigstr. 71.

Brauchenversammlung

der Gruppenleitung.

Die Ortsverwaltung.

Alle Seitenhändler

decken ihren Bedarf

in Toilettenseifen, in Kernseifen,

Seifenpulver usw. im Kernseifen-

Emerich A. Salgo,

N 54, Lehnstraße Str. 35, Hof

Fernsprecher: Norden 175

200.000 Mark dar

Aufh. anr. end. Erfinder

Gratifikations d. F. Erdmann & Co. Bin.

Nönnigerstr. 21

Billigste Seifen-Quelle

Elgerne und andere Erzeugnisse Seifenfabrik

Direktsenstr. 26, am Ost. Algenbergweg.

Brillanten

Perlen, Edelmetall-Druck

tauft

A. Fuss, Seidenstraße 32

Schöne Aussicht.

Metallbetten

Stahlmatratz, Kinderbetten dir. an Priv.

Kat. 30A (rel. Eisenmöbelfabr. Suhl Thür.

Weit unter Tagespreis

wertvolle Nahrungsmittel einkaufen zu können, bietet sich den Verbrauchern noch kurze Zeit Gelegenheit durch Reichardt-Kakao...

EDEL-LIKÖRE



Weinbrand A-Delpy & Co A-G Berlin, N24, Johannisstr. 18/19 1872

Likörfabriken - Fruchtsaft-Presserei - Weinbrennerei

Von der deutschen Hausfrau

wird mit Recht behauptet, daß sie sparsamer und wirtschaftlicher ist als die Frauen anderer Nationen. Sie bedient sich gern aller Mittel, welche geeignet sind, ihr Haushaltsbudget zu verringern...

Alle diese Dinge können im Betriebe beschäftigt werden in dem neuen Ausstellungsraum und Verkaufsstelle der Gasbetriebsgesellschaft...

Neuen Ausstellungsraum und Verkaufsstelle der Gasbetriebsgesellschaft Gitschiner Straße 20

Advertisement for 'Trauringe billiger' (cheap wedding rings) by Trauringfabrik Albert Thal & Co., featuring a large 'T' logo and details about gold and silver rings.

Kriegsanleihe wird zum Kurse v. 88%, nur geg. Legat. in Zahlung genommen.

Inventur-Ausverkauf! Letzter Tag: Montag, den 15. Januar

- Seidenplüschmäntel in Maulwurf u. Biber M. 72 000
Sealplüschmäntel la Qualität M. 125 000
Astrachanermäntel M. 18 500
Mohär-Persianermäntel M. 51 500
Eskimomäntel M. 33 000
Herren-Gummimäntel M. 25 000
Reinwollene Strickjacken M. 9 750
Reinwollene Jumper M. 4 500
Ulster weiche Qualität . . . M. 18 000 25 000 36 000
Mantelkeider elegante Ausführung M. 36 000
Kammgarn-Röcke M. 9 800

Westmann

1. Geschäft: Berlin W 8, Mohrenstraße 37a, 2. Geschäft: Berlin NO 18, Gr. Frankfurter Str. 115

Lebensmittel bis 50Proz. unter Tagespreis

Zwecks Gründung einer Genossenschaft zur Errichtung einer

Schweinezucht Schweinemästerei Molkerei Geflügelzucht

auf dem Gelände der ehemaligen Dragonerkaserne in der Blücherstraße werden Damen und Herren gesucht, welche durch Erwerbung eines Anteils von 20.000 Mark Anspruch auf Lieferung von Butter, Eier, Käse, Fleisch, Geflügel je nach Jahreszeit und Produktion bis zur Hälfte des Tagespreises haben.

DURAG

Deutsch-Ungarisch-Rumänische Handels-A.-G. Blücherstr. 26 :: Mpl. 11454 u. 11692

Ausschneiden! Ausschneiden! Ich habe Interesse, einen Anteil gegen Zahlung von 20.000 Mark zu erwerben...

Name: Stand: Wohnung: Deutsche Adresse.

Advertisement for 'Trauringe' (wedding rings) by H. Wiese, Juwelier, featuring an image of a ring and details about quality and price.

Advertisement for 'Waschseifen' (washing soap) by Dr. Frankl, Str. 12, mentioning '2000' and 'Barthel'.

Advertisement for 'Ausbau der Kinderfürsorge' (expansion of child care) by Dr. Selma Schiller, mentioning 'Barthel'.

Advertisement for 'Barthel' furniture, mentioning '2000' and 'Barthel'.

Altimetalle sehr hohe Preise, Oberreiter Str. 1.

Advertisement for 'Ständiges Lager' (constant stock) by Karl Wutke, mentioning '150 Standard' and 'Jubiläum'.

Stoffe zu den billigsten Preisen Stoffe Karl Lohse, Ritterstr. 20, pl.

Wo laß ich meinen Anzug machen? Wer garantiert für guten Sitz u. Verarbeitung? Max Motel, Schneiderstr. Neustädter, Ringbahnstr. 33, Tel. 009.

Advertisement for 'Die große Jubiläumsausgabe: FLATOW Kommentar zum Betriebsrätegesetz' by Flatow, mentioning 'Aufgabe 95 bis 125000'.

Buchhandlung VORWÄRTS Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Advertisement for 'Geschlechtskranke' (sexually ill) treatment, mentioning 'Phorosan' and 'neues deutsches Reichspatent'.

Advertisement for 'Geschlechtskranke' (sexually ill) treatment, mentioning 'Phorosan' and 'neues deutsches Reichspatent'.

BERLIN UNTERWEGS.

ERSTE TAGESREISE.

Als ich vor langen Jahren einmal als kleiner Junge aus der westlichen Provinz zu einem sogenannten Onkel nach Berlin „auf Ferienbesuch“ kam, war das erste, was ich tat, daß ich eine Reichsmark meines aus einem Fünfmärkstück bestehenden Privatvermögens in einer von meinem Onkel angeregten Weise klein machte: einen Fünziger im Zoo — mein Onkel hatte mir nämlich gesagt: „Sieh dir man die Tiere an! Von die kannteest wat lernen, un wenn de mit die Tiere dir vorkest, denn kannteest dir ooch mit die Menschen vorkest! Zwischen die Affen im Käfig un die, wo bei uns frei rumlaufen, is' man jar nich' so'n großer Schiedunter! Un stinken duhn se nich' bloß im Zoo! Un wat denn die Raubtiere anseht — det wirste schon fröh jenuch merken, wenn da Ernst des Lebens dir un die Kognesee pfeist!“, drei Zehner für eine Stadtbahntour, eine Rundfahrt mit der Elektrischen und eine Spritztour auf der Hoch- und Untergrundbahn — dazu hatte mein Onkel mich angeregt, indem er sagte: „Un denn, Junge, beneide dir wat mang Berlin un fahre! Fahre, wat de fahren kanst un kief dir 'n an. Da kanste 'n sehen un hören un riechen, den Ballina un von weien wat un intwierern! Nur uff die Methode kanste 'n fernen lernen, un denn holte ooch noch 'n Bohnen dabei! Un is lehrreicher wie der ganze Panoptikum vom Cosani! Also fahr' ma un mach' deine Dogen uff!“ Beherzt ist heute immer noch dieses Sammelfurium, und interessant, was man da sieht, viel interessanter als damals. Nur hat dies alles heute einen betäubend-traurigen Beigeschmack, und die Lehre, die da erteilt wird, stimmt bedenklich. Mehr wie damals kann man heute auf Berlins Bahnen seine Bevölkerung kennen lernen und beobachten, in allen, was sie eint und trennt, in ihrem körperlichen und seelischen Zustande, in ihren charakteristischen Zeiteigenümlichkeiten und vielfach so traurigen sozialen Verhältnissen; denn mehr wie damals hat unsere Zeit den Menschen das alles ins Gesicht geschrieben und nirgendwo kann man sie bunter, sorgfältiger beobachten und erforschen als dort.

Allgemeine Eindrücke.

Das erste, was bei der humoristischen Beobachtung auffiel, war der entsetzliche Gesundheitszustand des weitaus größten Teiles der Fahrgäste. Wer einmal Gelegenheit hatte in der Nachkriegszeit Großstädte, wie z. B. Amsterdam, Kopenhagen, Stockholm, zu sehen und die von dort bekannten gesunden blutvollen Gesichter kennt, begreift schauernd und erschütternd bei einer solchen Beobachtungkreise, wie ich sie auf unseren Verkehrsmitteln unternehme, den Unterschied und körperlichen Ruin des heutigen Durchschnittsberliners, der bei magerem Lohn und noch magerem Essen sich durchvegetieren muß. Als ich an die neutralen Länder dachte und diese blauen, blutroten, schmächtigen, sichtlich unterernährten Gesichter sah, die körperlich schon halb verfallene Jugend, die bleichfärbigen Bureau- und Geschäftsmädchen, die körperlichen Ruinen zusammengesunkener Frauen und müde sich noch wehrender Männer und in fast allen Niederstagesklassen und Gebrüchlein, den Abdruck quälender Sorgen oder traurigsten Pessimismus las, mußte ich betäubt bekennen, wie wenig doch die Welt von unserem Land weiß. Ich versuchte zu schätzen und fand, daß wohl die Hälfte der Mitfahrenden tuberkuloseverdächtig zu nennen ist. Die seelische Niedergeschlagenheit war aus der Anzahl von im wahrsten Sinne des Wortes glanzlos und stumpf gewordenen Augen zu sehen. Noch ein etwas günstigeres Charakteristikum sei nicht vergessen: eine große Anzahl der — meist werktätigen oder in Bureau- oder kleinen Beamtenstellen angestellten — Fahrgäste beschäftigte sich während der Fahrt mit Lesen von Zeitungen — ich sah erfreulicherweise viel den „Borwärts“, links und demokratisch gerichtete Blätter, während in der zweiten Klasse natürlich der „Volkswagen“ vorherrschte — und Bücher; und hier konnte ich die interessante Feststellung in einer großen Anzahl von Fällen treffen, daß die Leseliste durchweg nicht, wie man es früher bei proletarischen Halbgebildeten oft erleben mußte, Schundliteratur, sondern oft erstklassige wirklich gute Literatur war; darunter traf ich allein in fünf Fällen Dostojewski auf einer Strecke vom Zoo bis Alexanderplatz, für Erkennende ein Anzeichen seelischer Vertiefung vieler Arbeitermenschen. Natürlich fehlte

leider aber auch die namentlich immer noch bei unserer weiblichen Jugend so unvermeidliche Courth-Mädchen nicht. Aber — tröste ich mich da: „Dat is so as dat Ledder is! Wat is dordi to daun!“ — Sonstige allgemeine Eindrücke waren, daß die zweite Klasse weit geringer als die dritte, die Stadtbahn stärker als die anderen Verkehrsmittel, die Elektrische weniger als die Untergrundbahn benutzt werden — alles aus Geldknappheit und Sparjamleiterücksichten.

Wovon sie reden.

Morgens sind sie, wie ich schon sagte, wenig mitteilbar, still und verschlossen, teils etwas verschlafen und oft sogar mürrisch. Der Ton und die Höflichkeit lassen überhaupt manchmal bedenklich viel zu wünschen übrig; am Abend, wo man froh zu sein scheint, der Treitmachschine des Alltages entronnen zu sein, und man gesprächiger, die Jugend sogar lustiger, teilweise ausgelassen ist, nicht in dem Maße. Wovon die Jugend redet, vielmehr tut sie, weiß man und — versteht man; uns interessieren hier mehr die anderen Gespräche. Sie drehen sich meist um das allgemeine öffentliche, fast zur Kernqual gewordene Thema: Wie es war, wie es ist, wie es wird. Die Lebensmittelpreise, Lohnfragen, Wirtschaftsjorgen herrschen vor; gemeldet und gestiftet Anzüge, lämmeliches Schmeichelein, die Gespräche. Es ist die alte Leier, die jeder kennt. Warum sie neu ausziehen, diese trostloseste Gramophonplatte unserer Zeit, dieses jammervolle Lied unserer wirtschaftlichen Ohnmacht, die niemand besser kennt als wir. Dazwischen ab und zu, still und leise oder auch, wie ich es erlebte, offen und frech: das Geschäftchen, die Schiedung, der Kurs, der Spekulationsstempel geht über um; ob man ihm einmal den Hals umdrehen kann? Hoffen wir das Beste! Sogar ein Gesprächchen von der Halbweibchen, höchstens fünfzehn alt, — originell war die Richtung: einer futterte einen Apfel, der zweite „bist du Lunge“, der dritte war ebenfalls mit einem Sargnagel behaftet wie der vierte, der außerdem eine Art Rick-Carter oder Buffalo Bill vor sich liegen hatte — unterhielt sich sachkundig über den letzten Dollarstand und über „ob abgehen oder nicht?“ Ein weiterer Gesprächsstoff war natürlich: die politische Lage, namentlich jetzt, wo man Essen besteht hat. Allgemein christliche Empörung und warmes Mitfühlen mit den armen Brüdern und Schwestern im Ruhrgebiet, viel zusammengeballte Wut und viel ohnmächtige Niedererschlagenheit. Aus allem aber die Angst der niederschmetternden Fragen: „Was wird nun?“ „Wie wird die Lebenshaltung?“ „Wie die Arbeitsfrage?“ Und in die mit Arbeitern und Werttätigen angefüllten Abteile grinsende grauenhafte das Gespenst der dunklen Zukunft hinein. In manchem Auge las ich Verzweiflung, in manchem Angst, in manchem Wut über die, die uns in diese Zeit durch Köstereiwahnsinn hineingeführt und uns durch krafflosen Egoismus behalten haben, in manchem auch erschreckende Gleichgültigkeit und stumpfe Ergebung in das unabwendbare Schicksal.

Berlin und der Ruhrgebiet.

Überall — in der Elektrischen, in der Untergrundbahn, im Autobus wie in der Stadtbahn — hörte ich in jeder Unterhaltung fast, machte sie auch beginnen, wo sie wollte, dieses Thema anschlagen. Und überall konstatierte ich die Einmütigkeit der Beurteilung und Empörung. Überall fand ich die gleiche Ueberzeugung in der Beurteilung, von einigen rechtsfalschischen Elementen, Radikalismus, Phantasien und Utopisten abgesehen: geistige Abwehr gegen den Militarismus und Imperialismus der von dem Poincaréschen Köstereiwahnsinn infizierten Entente, mit zusammengeballten Fingern herausgespreizter Wut über den unerhörten Bruch der Völkerrechte und das durch die vollendeten Tatsachen von pathologischen hysterischen und säbelrasenden Sadisten legitim erklärte Faust- und Raubrecht des Stärkeren, mitleidiges Mitleid über die Haltung Englands, bitterster Skeptizismus in der Frage Europa und Amerika. Ich hörte einen Ausruf, der wert ist, wiedergegeben zu werden: „Das Volk Washingtons ist tot; heute lebt das Volk Morgans und Rodewellers!“ Dieser Satz aus dem Munde eines einfachen Mannes sprach das Urteil aus über Amerika und sagte, wer gegen uns wütet: Kapitalismus, Fuß an Fuß mit dem Militarismus! Resignation zwar, aber einmütige Haltung für unsere Staatsidee, ein-

mütiges Mitleid, mit unseren fremdbändlichem Militarismus völkerrichts- und vortragewidrig verfallenen Mitbürgern sah ich aus den Augen flammen, die wie brennende Kugeln aus den blaffen, von Unterernährung und Anzehrung frachten Köpfen flammen, die auf gebeugten und kranken Körpern saßen.

An grünen Tischen sitzen die fremdbändlichen Kommissionen, die über den Zustand des deutschen Volkes Rechenschaft abzugeben haben, und an grünen Tischen schöpfen sie ihre Weisheit. Hier können sie sie sammeln, um zu berichten, in den Zügen, die frühmorgens die Arbeitstiere aus der Gattung „Mensch“ zur Treitmachschine fahren, und die sie abends auf einige Stunden Schlaf wieder heimwärts transportieren. Aber — in den Zügen dort, in der dritten, schmutzigen Klasse, sieht man sie nicht. Sie fürchten wohl, die bunten Uniformen, an denen spielerisch veranlagte Kinder vielleicht ihre Freude hätten, zu beschmutzen, oder sich sogar zu langweilen! Aber nichts desto trotz: Messieurs, voilà assez d'occasion pour rechercher!

Sie können Sie kontrollieren und beobachten!

Es wird gebaut!

Ueber die Verwendung öffentlicher Mittel für Wohnungsneubauten teilt der Städtebaudirektor in Berlin folgendes mit: In den Jahren 1919 und 1920 sind in Groß-Berlin rund 2700 Dauerwohnungen mit Baukostenzuschüssen anfertigen, vor dem Kriege angelegten Straßen erbaut worden, ferner wurden rund 2200 Dauerwohnungen mit öffentlicher Unterstützung an neuen nach dem Kriege hergestellten Straßen errichtet. Es war die Zeit der Notstandsarbeiten, die Gemeinden legten Wanderwege und Siedlungsstraßen an und veroolständigten ihre Verkehrsnetze, um der Arbeitslosigkeit zu steuern. — Die Mittel des Wohnungsverbandes Groß-Berlin, welcher in den Jahren 1919 und 1920 die Baukostenzuschüsse verteilte, sind durch Straßenbauten nicht in Anspruch genommen worden. Der Wohnungsverband vertritt den Standpunkt, daß die kleinen Beträge, welche von Reich, Staat und Gemeinden für Wohnungsneubauten zur Verfügung gestellt werden konnten, nur für die unumgänglich notwendigen Hochbauarbeiten ausgegeben werden durften. Aus den vom Reich, von den Ländern und den Gemeinden gewährten Mitteln für Baukostenzuschüsse und Beihilfedarlehen sind also keinerlei Straßenbauten gedeckt worden. Tatsächlich aber sind die im Jahre 1921 mit Beihilfen errichteten Wohngebäude beinahe durchweg an Straßen angelegt worden, welche schon vor dem Kriege erbaut oder in der Zeit der Notstandsarbeiten, also in den Jahren 1919 und 1920 hergestellt waren. Neue Straßen sind im Jahre 1921 nur in geringem Umfange hauptsächlich für die Siedlungen Tempelhofer Feld, Heerstraße und Jungfernheide gebaut worden, ferner in einigen Außenbezirken wie Grünau, Schmölders und Schulzenhof, wo fertige Straßen nicht vorhanden waren. Im Jahre 1922 sind neue Straßen überhaupt nur noch zum Abschluß begonnener Siedlungen, und zwar in ganz geringem Umfange errichtet worden. — Von den rund 3500 Dauerwohnungen, welche in den Jahren 1921 und 1922 mit Beihilfen aus der Wohnungsbauabgabe geschaffen wurden, sind nur etwa 600 an Straßen gebaut, welche in dieser Zeit angelegt wurden. Aber auch in diesen Fällen ist die Ueberzeugung der Straßenbauten durchweg aus Mitteln der produktiven Erwerbstätigenförderung, also nicht mit Baubehilfen, gedeckt worden. Von den aus der Wohnungsbauabgabe gewonnenen Mitteln wurde kein Pfennig für Straßenbauten ausgegeben. Die materiellen Siedlungserfolge, welche mit Hilfe der Baukostenzuschüsse und der Wohnungsbauabgabe erzielt wurden, sind, wenn man, wie billig, die Geldwertminderung berücksichtigt, beträchtlich. Daß diese Erfolge erzielt wurden, ist vor allem ein Erfolg der Siedler, welche große Opfer und Entbehrungen nicht gescheut haben, um zu einem kleinen Grundbesitz zu gelangen. Aber auch die kulturellen Erfolge der durch Baukostenzuschüsse und Wohnungsbauabgabe unterstützten Siedlungspolitik dürfen nicht unterschätzt werden. Der Berliner weiß heute, wie gut er wohnen könnte, wenn mit der Siedlungspolitik früher begonnen worden wäre. Demos aber priefen die Gegner der Siedlungspolitik jene Behausungen noch als „Kulturwohnungen“, welche sie heute als „alte und schlechte“ Wohnungen verteidigen.

(Nachdruck verboten. Der Welt-Berlag, Berlin.)

Drei Soldaten.

Von John dos Passos.

Der Zug ruck nach neuen Uniformen, in denen der Schweiß getrocknet war, und nach dem Rauch billiger Zigaretten. Fuselli wurde mit einem Ruck wach. Er hatte mit seinem Kopfe auf Bill Greys Schultern geschlafen. Es war schon taghell. Der Zug ruckte schon langsam über Kreuzungsschienen in irgendeiner Vorstadt mit langen, beruhten Warenhäusern und endlosen Reihen von Güterwagen, hinter denen braunes Marschland und schiefergraue Flächen Wassers aufstauten.

„Gott, das ist ja der Atlantische Ozean!“ schrie Fuselli voller Aufregung.

„Den hast du wohl noch nicht gesehen? Das ist der Birth-River.“ sagte Bill Grey voller Verachtung.

„Aee, ich komme von der Westküste.“

Sie steckten ihre Köpfe aus dem Fenster, so daß ihre Gesichter sich berührten.

„Donnerwetter, da sind ja Weiber!“ sagte Bill Grey. Der Zug hielt mit einem Ruck. Zwei schlechtgekleidete rot-haarige Mädchen standen an dem Schienenstrang und winkten mit den Händen.

„Gebt uns 'nen Kuß!“ schrie Bill Grey.

„Oern!“ sagte das eine Mädchen. „Alles für unsere tapferen Jungens!“

Sie stellte sich auf Zehenspitzen, und Grey beugte sich weit aus dem Fenster hinaus und brachte es gerade fertig, die Stirn des Mädchens zu erreichen.

Fuselli fühlte, wie Begierde ihn durchschloß.

„Halt' mich am Gürtel fest! Ich werde sie ordentlich küssen!“

Er beugte sich weit heraus, warf seine Arme um die Schultern des Mädchens, auf denen sich die Haut wie ein Regenschirm spannte, hob sie auf und küßte sie wild auf die Lippen.

„Nicht doch!“ schrie das Mädchen.

Soldaten, die aus den anderen Fenstern herauschauten, schrien und lachten. Fuselli küßte sie noch einmal und ließ sie dann fallen.

„Du bist zu grob, du Hurenkerl, du!“

Ein Mann an einem der anderen Fenster grüßte: „Ich sag's meiner Mama!“

Alle lachten.

Der Zug setzte sich wieder in Bewegung.

Fuselli sah sich stolz um. Das Bild Mabes, die ihm die Fünf-Pfund-Schachtel Pralines gab, stieg einen Augenblick in sein Bewußtsein.

— Nacht nichts, so'n kleiner Spaß! — dachte er laut.

„Warte doch, bis wir in Frankreich sind! Da werden wir uns so 'ne kleine Madmerfelle anschaffen!“ sagte Bill Grey und schlug Fuselli auf das Knie.

„Oh Du schöne Käse, Ki — Ki — Käse!“

Als das Hämmern der Räder auf den Schienen schneller zu werden begann, sangen alle mit. Fuselli sah zufrieden über die Kompanie, die sich auf ihrem Gepäck ausgebreitet hatte im rauchigen Wagen.

„S'ist was Großes, Soldat zu sein.“ sagte er zu Bill Grey. „Man kann alles tun, was einem beliebt.“

„Das,“ sagte der Korporal, als die Kompanie ebensolche Baroden wie diejenigen, die sie zwei Tage vorher verlassen hatte, bezog, „ist ein Lager, von dem aus man sich einschiffet. Ich würde verteuert gern wissen, wo wir verladen werden.“ Er verzerrte sein Gesicht zu einem Lächeln und rief dann in bekümmertem Ton: „Essen holen!“

Es war abgrundtief in diesem Teil des Lagers. Das elektrische Licht warf einen dünnen rötlichen Schein. Fuselli strengte seine Augen an, da er an jedem Ende der Straße eine Werft und die Masten eines Schiffes zu sehen erwartete. Die Kompanie marschierte in den Speiseraum, wo irgendwas Dünnsüßiges in die Schöpfbecken hineingepumpt wurde. Hinter dem Eingang der Küche sahen der joviale Oberiergeant, der ausah wie ein Pastor, und der Korporal mit dem Falkengesicht und ahen Beesfleisch. Ein schwacher Geruch gebrotenen Fleisches zog durch den Eßraum und ließ das dünsüßige, kalte Zeug im Vergleich dazu noch geschmackloser erscheinen.

Fuselli sah voller Neid zur Küche hinüber und dachte an den Tag, an dem er dort drüben sitzen werde. „Ich muß fleißig sein,“ sagte er ernst zu sich selbst. „Ueber See, im Feuer, dort werde ich zeigen, was ich wert bin.“ Und er sah

sich schon selbst einen verwundeten Hauptmann in ein Sanitätszelt zurücktragen, von milden, bärtigen Männern mit Pflasterhauben verfolgt.

Das Klappern einer Gitarre zog seltsam durch die dunkle Straße des Lagers.

„Da kann einer gut spielen,“ sagte Bill Grey, der mit den Händen in den Taschen neben Fuselli einherkutschende.

Sie sahen zur Tür einer der Baracken hinein. Eine Menge Soldaten saßen im Kreis um zwei große Regal, deren schwarze Gesichter und Oberkörper in dem schwachen Licht wie Pech glänzten.

„Sing' uns noch eins, Charlie!“ sagte irgend jemand.

Einer der Regal begann zu singen, während der andere vertäubt die Gitarre zupfte.

„Nein, sing' uns die „Titanic“!“

Die Gitarre fiel in einen wimmernenden Ragtime. Die Stimme des Regal'sche flüchtlich ein:

Dies ist das Lied von der Titanic, fahrend über See —

Die Gitarre tönte weiter. Es war ein Klang in der Stimme des Regal'sche, der das Gespräch plötzlich aufhören ließ. Die Soldaten sahen ihn neugierig an.

Wie auf den kalten Eisberg die Titanic stieß, wie auf den kalten Eisberg die Titanic stieß, fahrend über See —

Seine Stimme klang vertraulich und weich, und die Gitarre summt mit, denselben schluchzenden Ragtime. Zeile für Zeile wuchs die Stimme zu immer größerer Stärke, und die Klänge der Gitarre wurden schneller und schneller.

Die Titanic sinkt, blau und tief, sinkt, blau und tief ist die See, sinkt in die See

O die Frauen und die Kinder, treibend auf der See, O die Frauen und die Kinder, treibend auf der See, um den kalten Eisberg

Singend „Näher, mein Gott, zu Dir,“ Singend „Näher, mein Gott, zu Dir,“ Näher zu Dir.

Die Gitarre spielte die Töne des Liedes weiter. Der Regal sang, jede Saite in feiner Kehle straff gespannt. Traß schluchzend.

(Fortsetzung folgt.)

10 Jahre Zuchthaus für Bernotat.

Kaminski zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Im Prozeß Bernotat und Genossen fällt gestern abend das Gericht nach langer Beratung folgendes Urteil: Der Hauptangeklagte Bernotat wird wegen schweren Diebstahls in 16 Fällen und fortgesetzten einfachen Diebstahls zu 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Angeklagter Kaminski erhält 3 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust. Der Angeklagte Böhm erhielt 1 Jahr Gefängnis unter Anrechnung von 6 Monaten Untersuchungshaft. Böhm wurde auf Antrag seines Verteidiger Rechtsanw. Dr. Puppe sofort aus der Haft entlassen. Bei der Bemessung der Strafe berücksichtigte das Gericht, daß der Hauptangeklagte Bernotat der geistige Urheber und Leiter der ganzen Diebstahls war. Er sei eine der glücklicherweise seltenen energiegelassenen Verbrechernaturen, die einen unheilvollen Einfluß auf andere weniger widerstandsfähige Personen ausüben. Aus diesen Gründen hat auch das Gericht dem Angeklagten Kaminski, der psychopathisch veranlagt sei, mildernde Umstände zugebilligt.

Aus der vorangehenden Verhandlung ist noch nachzutragen, daß Kaminski unter anderem erklärte, daß sie durchschnittlich in jeder Woche einen Diebstahl ausgeführt hätten, oft genug auch zwei. Kaminski benannte etwa 16 bis 20 besondere Fälle, die in der Anklage nicht enthalten sind. Die Vernehmung ging auf die Aktien Diebstahle ein. Kaminski behauptet, daß diese Diebstahle in genau derselben Weise ausgeführt worden seien, wie die Wohnraumbelastungen. Er hätte einen Universalschlüssel gehabt, der auch auf die betreffenden Zimmer im Koabitier Kriminalgericht paßte. Kurz nach Dienstschaft sei er, nachdem er sich vorher auf Grund des Aktenscheins, das ihm bekannt war, erkundigt hatte, wo sich die Aktien befänden, mit dem Nachschlüssel in die betreffenden Zimmer hineingegangen und habe die Aktien soeben zur Verfügung gebracht. Ebenso seien die Diebstahle auf dem Postzweigbüro in Wien durchgeführt worden. Ueber die Aktien Diebstahle lagte Kriminalkommissar Gennat aus, daß ein Unergründeter unmöglich derartig raffiniert und sachkundig vorgegangen sein könne. Es müsse den Dieben irgendein Unterrichtsleiter genaue Instruktionen erteilt haben. Die Art des Vorgehens der berüchtigten Bessensdiebe sei völlig neu. Bernotat hätte den Typ des risikolosen Eindringers geschaffen, der es verstanden habe, ein System zu erfinden, das ihn vor jeder Strafverfolgung schütze. Nach dem Plädoyer des Staatsanwaltes fällt das Gericht das oben wiedergegebene Urteil.

Die Kohlenversorgung.

Sicherstellung der Berliner öffentlichen Werke.

Infolge der Befehung des Ruhrgebiets und der Unsicherheit, die sich für die nächste Zeit in der Kohlenversorgung auswirken muß, sind in Berlin Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden, um wenigstens die im Dienste der Allgemeinheit stehenden Betriebe so gut als irgend möglich für die nächsten Wochen zu versorgen. So hat der Berliner Kohlenplahhandel seine recht erheblichen Mengen Steinkohle der Kohlewirtschaftsstelle zur Verfügung gestellt, um sich auch seinerseits an dem Abwehrkampf gegen die französische Willkür zu beteiligen. Der Magistrat bzw. das Kohlenamt wird von dem Angebot des Handels im Interesse der Industrie dann Gebrauch machen, sobald die zurzeit noch gutgefüllten Läger der öffentlichen Werke dieses erforderlich machen.

Die Brikettpreise ab 15. Januar.

Das Kohlenamt teilt mit: Infolge der am 12. d. M. eingetretenen Produktionspreiserhöhung ist eine entsprechende Heraushebung des Kleinverkaufspreises für Briketts erforderlich geworden. Dieser beträgt mit Wirkung vom 15. d. M. für Rüchen- und Ofenbrand a B Lager 2455 M. pro Zentner, frei Keller 2555 M. Bei fuhrerweisen Lieferungen ab Lager 2455 M. und frei Keller 2540 M. pro Zentner.

Der neue Hochbahntarif.

Die Hochbahngesellschaft wird infolge neuer Lohnerhöhungen vom Montag, den 15. Januar ab die folgenden Fahrpreise erheben: bis zum 3. Bahnhof 3. Klasse 40 M., 2. Klasse 60 M., für weitere Strecken 3. Klasse 60 M., 2. Klasse 80 M. Blinks zu zehn Karten können erst vom 20. Januar ab ausgegeben werden und kosten: bis zum 5. Bahnhof 3. Klasse 380 und 570 M., für weitere Strecken 570 und 760 M. Umsteigefahrtscheine zur Berliner Straßenbahn entsprechend dem Tarif der Straßenbahn, in der 2. Klasse mit Zuschlag von 20 M. Die nach in Händen des Publikums befindlichen Fahrkarten des bisherigen Tarifs berechnen sich bis einschl. 17. d. M. ohne Nachzahlung zur Fahrt.

Berliner Kinder in Böhmen.

Im vergangenen Sommer wurde eine große Anzahl von deutschböhmisches Kindern durch das Jugendamt von Reichenberg zur Erholung nach Deutschland geschickt. Den Transporten, die bei ihrer Durchreise Berlin berührten, wurde durch das Berliner Jugendamt weitestgehende Arbeitshilfe geleistet. Zum Dank hierfür lud der deutsche Landesauschuss in Verbindung mit dem Reichenberger Jugendamt 50 Berliner Kinder nach Reichenberg ein, die in dem Gebirgswinter des schönen böhmischen Bades Erholung finden sollten. Am 8. Januar fuhr der Transport unter Führung von Frau Stadträtin Wehl, der Vorsitzenden des Berliner Jugendamts, und unter Begleitung eines Lehrers und einer Schulführerin nach Reichenberg ab. Auf dem Bahnhof in Reichenberg wurde der ankommende Transport vom Vertreter des Landesauschusses Dr. Heller begrüßt. Die Kinder kamen teils in Einzelplatzstellen, teils zu Familien des Mittelstandes, andere in ein Heim. Die Kinder werden reichlich und kräftig verpflegt. Die Stadt Reichenberg gewährt den Kindern Freifahrt auf der Straßenbahn und freien Besuch der Badeanstalt. Neben diesen erfreulichen Eindrücken brachte Frau Stadträtin Wehl noch eine andere Nachricht mit, nämlich die Einladung von weiteren 40 Berliner Kindern. Mit dem Wunsche, daß unsere Kinder in Böhmen gute Erholung finden mögen, verbindet sich der Dank an den Landesauschuss und das Reichenberger Jugendamt sowie an die deutschen Familien, die unsere Kinder so gottfreundlich aufgenommen haben.

„Ich bin der Prinz von Kamerun“.

Einer der gefährlichsten Berliner Ladendiebe wurde in der Person des Artisten Walter Schmidt dem Schöffengericht Berlin-Mitte aus der Untersuchungshaft vorgeführt, um sich wegen einer großen Anzahl von Diebstählen, die er bei Kunst- und Antiquitätenhändlern in Berlin und Potsdam ausgeführt hatte, zu verantworten. Schmidt pflegte in den betreffenden Geschäften als Käufer zu erscheinen und verstand es hier mit einer an Heberegen grenzenden Geschwindigkeit eine Menge wertvoller Bronzen, antiker Uhren, Medaillons und anderer Dinge zu entwenden. Schmidt hatte bereits wiederholt längere Gefängnis- und Zuchthausstrafen erlitten. Da er bereits viermal aus dem Zuchthaus ausgebrochen war, erfolgte seine Vorführung unter Anwendung weitestgehender Vorsichtsmaßnahmen. Er erschien im Gerichtssaal an Händen und Füßen gefesselt, da man vermutete, daß im Zuhörerzimmer sich Komplizen aufhalten, welche ihm bei einem Plötzlichen Ansturm behilflich sein könnten. Es kam aber nicht zu den befürchteten Zwischenfällen, da der Angeklagte bei seinem Eintritt in den Saal dem Vorsitzenden zurief: „Ich bin der Prinz von Kamerun.“ Ich werde mich hier doch nicht dumm machen lassen! und dann jede weitere Äußerung zur Sache ablehnte. Auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Harry Vincus wurde deshalb beschlossen, den Angeklagten erst durch den Gerichtsarzt, Geh. Med. Rat Dr. Hoffmann, auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen.

Öffentliche Massenfundgebung gegen den französischen Rechtsbruch an der Ruhr

am Sonntag, den 14. Januar, vormittags 11 Uhr an folgenden Stellen:

- Mitte, Prenzlauer Berg und Friedrichshain: Garten Brauerei Friedrichshain, Am Königstor.
- Wedding und Reinickendorf: Garten Brauereiauschanke Pagenhofer, Chausseest. 64.
- Tiergarten und Charlottenburg: Garten Brauereiauschanke Pagenhofer, Strom- Ecke Lurmsstraße.
- Kreuzberg und Neukölln: Garten Schultzeiß-Auschanke, Hafensheide.
- Spandau: Konfordiaäle, Klosterstraße.
- Wilmersdorf, Schmargendorf und Grunewald: Viktoriagarten, Wilmersdorf, Wilhelmsau 114/115.
- Schöneberg und Friedenau: Garten Schloßbrauerei, Schöneberg, Hauptstraße.
- Steglitz, Lichterfelde, Lankwitz und Zehlendorf: Albrechtshof, Steglitz, Albrechtstr. 1.
- Tempelhof, Mariendorf, Mariensfelde und Lichterode: Schulhof der Gemeindegemeinschaft Tempelhof, Friedrich-Wilhelm-Ecke Werderstraße.
- Treptow und Baumgartenweg: Aula des Gymnasiums in Baumgartenweg, Baumgartenstraße.
- Niederschöneweide, Oberschöneweide, Johannisthal, Alt-Glienick und Adlershof: Restaurant Koffhäuser, Niederschöneweide, Berliner Straße.
- Köpenick und Friedrichshagen: Stadttheater in Köpenick.
- Lichtenberg, Friedrichsfelde, Biesdorf und Kaulsdorf: Sommertheater, Lichtenberg, Röllendorferstr. 26.
- Weißensee, Hohenschönhausen und Falkenberg: Schloß Weißensee.
- Pankow, Niederschönhausen, Blankenburg und Buchholz: Lindners Restaurant, Pankow, Breite Str. 34.

Referenten sind die Genossen: Bernstein, Bender, Bohm-Schuch, Breuer, Crepsen, Dr. Herz, Heilig, Dr. Hilferding, Jäder, Knäfler, Köppler, Meier, Dr. Moses, Schlegel, Ste. Ströbel.

Die Genossinnen und Genossen treffen sich um 9 1/2 Uhr in den bekannten Abteilungslokalen. Von hier aus gemeinsamer Besuch der Versammlungsstellen.

Erscheint alle! Keiner fehlt!

Bezirksverband Berlin der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend. UfU-Bund: Ortsgruppe Groß-Berlin.

Der Mord in der Seyreuther Straße.

Auf der Spur der Täter.

Die Nachforschungen der Mordkommission haben Erfolg gehabt. Es wurde festgestellt, daß Rowack, der sündiger Gast im „Victoria-Café“ und auch in Vorküchen am Kurfürstendamm war, in engen Beziehungen zu zwei Ausländern stand, einem am 11. Oktober 1897 zu Newcastile in England geborenen angeleglichen Kaufmann Norman Jelin, der sich auch Norman Jelin nannte, und einem am 16. August 1895 in Debeogafsch geborenen angeleglichen Ingenieur und Chemiker Wühoh Müller, der auch den Namen Wiczinsky führte. Mit beiden betrieb er allerlei Kaufgeschäfte. So erwarb er von Müller, der als Chemiker und Ingenieur auch mit chemischen Stoffen handelte, verschiedene Kartotika. Müller schrieb ihm diese Bestellung in sein Notizbuch hinein.

Durch die Ermittlungen der Kriminalpolizei wurde nun festgestellt, daß Rowack noch 1 1/2 Stunden vor seinem Tode mit Jelin zusammen in der Friedrichstraße vor dem Restaurant „Faun“ gesehen worden ist. Die Mordkommission stellte fest, daß es den beiden Ausländern in der letzten Zeit nicht besonders gut ging. Beide hatten bereits erhebliche Schulden in ihren Quartieren. Jelin allein wohl 26 000 M. Er hatte in einer Goldschmelze in der Köpenicker Straße seine Uhr und Kette für 50 000 M. verpfändet. Gestern nun kam dort Müller mit einem Auto vorgefahren, zahlte die Prämie und löste Jelins Uhr und Kette ein. Das war vormittags. Er fuhr dann mit dem Auto gleich wieder ab. Um dieselbe Zeit bezahlte Jelin in der Friedrichstraße seine Schulden. Auch Müller beglich seine Rechnung und beide verließen dann ihre Quartiere mit dem Bemerkten, daß sie eine Reise unternähmen. Da Jelin sowohl als Müller Geschäftsverbindungen mit Frankreich unterhielten, so wird angenommen, daß sie versuchen werden, dorthin zu entkommen. Der Chemiker des Polizeipräsidiums Dr. Brünning hat unterdessen mit ziemlicher Sicherheit festgestellt, daß das benutzte Betäubungsmittel aus einem Gemisch von Azetylchlorid und Polysulfidparaffin bestand. Dieses Gift wirkt noch stärker als Chloroform, vermutlich ist Rowack damit betäubt und getötet worden, während er angetrunken war. Ein chemischer Sachverständiger, den die Kriminalpolizei noch in der Nacht nach dem Tode und in die Wohnungen der abgereisten Ausländer führte, stellte an allen Stellen, in den Wohnungen der beiden Männer, in deren Kleiderschränken, den gleichen Geruch fest. Ein Zeuge ist noch ermittelt worden, der in der trübsamen Zeit aus dem Hause Bayreuther Straße 33 einen Mann herauskommen sah, der sich scheu umblinzelnd wegging.

Eisenbahnattentäter.

Attentate auf fahrende Eisenbahnzüge, bei denen zahlreiche Menschen in Gefahr kommen, gehören zu den abscheulichsten Verbrechen, die verübt werden können. Es sind nunmehr wieder zwei Fälle aufgefakt worden, bei denen es auf die Verübung der Züge abgesehen war. In dem einen Falle war geplant, den D-Zug Hamburg-Berlin zur Entgleisung zu bringen. Das Unheil wurde durch die Wachsamkeit eines Streckenwärters verhindert. In dem zweiten Fall war keine Entgleisung geplant, sie erfolgte aber durch einen unglücklichen Zufall.

Das Attentat auf den von Hamburg kommenden Nacht-D-Zug 76 vom 10. November ist von zwei jungen Leuten von wenig über 20 Jahren verübt worden. Beide sind verhaftet und haben ein volles Geständnis abgelegt. Danach haben die beiden im Wartesaal des Hamburger Bahnhofes den Plan gefaßt, den D-Zug, in dem viele Ausländer vermutet wurden, auf der Strecke bei Wilsen zur Entgleisung zu bringen und den Streifen der verunglückten Reisenden ihr Geld abzuschöpfen. Nur durch den Zufall, daß ein Streckenwärter gerade diese Strecke, auf der die Schienen gelöst waren, zwischen dem kurz vorhergehenden Güterzuge und dem darauffolgenden D-Zug beging und dann schnell entschlossen den heranrückenden D-Zug zum Halten brachte, wurde ein großes Unglück verhütet. — Auch ein zweites Attentat auf einen Eilgüterzug bei Gardelegen in der Nacht zum 23. Dezember 1922 ist von der Ueberwachungsabteilung aufgefaßt worden. Seit langer Zeit wurde dieser Eilgüterzug, der wertvolle Güter enthielt, beraubt und daher von Ueberwachungsbeamten beobachtet. Zwei von diesen hatten sich in einem Bremserhäuschen versteckt. Sie sahen, wie kurz nach der Ausfahrt aus dem Bahnhof Gardelegen ein Mann auf den Zug sprang, einen Wagen öffnete und einen großen Kasten hinauszwarf. Durch einen unglücklichen Zufall kam dieser Kasten unter die Räder und brachte mehrere Wagen zur

Entgleisung. Hierbei stürzte ein Ueberwachungsbeamter, der Zugführer Engelhausen aus Stendal, aus dem Bremserhäuschen, in dem er sich versteckt hielt, kam unter die Räder und wurde leider getötet. Bei der Unordnung der Entgleisung konnte der Täter entfliehen. Der Ueberwachungsabteilung ist es nunmehr gelungen, den Täter und seine Genossen, die die Ballen draußen in Empfang nehmen sollten, sowie die Helfer, die die gestohlenen Waren ablegten, zu ermitteln. Es sind sechs Privatleute, die als Helfer in Betracht kommen. Alle sind gefänglich und haben auch zugegeben, diesen Zug schon mehrmals beraubt zu haben.

Der „richtige Soldat“ im Schokoladenpaket.

Die Heeres- und Kriegspropaganda, die Jahrzehnte hindurch uns die Jugend verheißt, liegt wie ein wäßer Traum hinter uns. Bebt noch die Jugend mehr, die ein Mittel der Erziehung zum gedankenlosen, uns so verderblich gewordenen Hurra- und Nordpatriotismus war? Man sollte meinen, daß auch sie ein Opfer des Zusammenbruchs von 1918 geworden sei. Aber noch heute wird, wie in der Zeit ihrer höchsten Blüte, für sie Reklame gemacht, anscheinend zum Zweck der Wiederbelebung.

Ein Genosse teilt uns mit, daß er vor wenigen Tagen im Theater am Säulen-Platz in der Umhüllung einer dort gekauften Tafel Schokolade der Firma C. H. E. Hartmann aus Altona noch ein für die Jugendwehr wertvolles Reklamebild fand. Drei Jungen in Jugendwehruniform geben Flaggensignale, und im Hintergrund sieht man auf einem Feld die schwarzweißrote Fahne flattern. Auf der Rückseite des Bildes steht der dazugehörige Text in Form eines Briefes, den ein Knabe Walter an seinen Freund Kurt schreibt. Walter freut sich, daß ihre alte Indianerhütte noch steht und daß beide in den Ferien wieder darin werden spielen können. „Aber so schön wie die Jugendwehr“, fährt er fort, „ist das doch nicht; da ist man beinahe wie ein richtiger Soldat.“ Er berichtet dann über eine von ihm mitgemachte „große Feldübung“, die „ordentlich mit Heranschleichen, Ausschwärmen und Sturmangriff“ vor sich ging, und er schildert eingehend, wie sie Flaggensignale gaben. Unser Genosse äußert Verwunderung und Entrüstung darüber, daß noch im fünften Jahre der Republik ihm eine derartige Verherrlichung der militärischen Jugenderziehung in die Hände fallen muß. Treffend bemerkt er dazu: „Wenn das Bild durchaus ein „kriegerisches“ sein sollte, so hätte man zerschossene Häuser, zerstörte Felder, versehrte Menschenleiber, klagende Eltern, weinende Bräute und hungernde Kinder wählen sollen, um dem heranwachsenden Geschlecht — denn für dieses sind die Bilder offenbar bestimmt — einen richtigen Begriff von dem „schicksalreichen“ Krieg zu geben.“ Er schlägt vor, das Geleg zum Schutze der Republik zu erweitern, um die Verheerung der Jugend zu hindern. Angesichts des Treibens der „Schwarzweißroten“ ist diese Forderung begründet.

Die Firma C. H. E. Hartmann wird vielleicht erklären, daß sie noch alte Bilderbestände aus der Zeit vor dem Kriege hat. Das wäre möglich und glaubhaft, aber die Packung kann doch wohl nicht bis in die Tage der Monarchie zurückreichen. So bedeutende Schokoladenvorräte wird gewiß keine Firma noch im November 1918 auf Lager gehabt haben, daß noch im Januar 1923 die letzten Reste nicht verbraucht sein konnten. Es ist ein Standal, daß eine Firma noch nach dem Sturz des Militarismus und der Monarchie den Käufern ihrer Ware solche Bilder bietet.

Der Streik um den Beschuß.

Zu der im „Vorwärts“ Nr. 599 vom 20. Dezember 1922 veröffentlichten Notiz „Schund für Schund“, die sich auf die Berliner Gemeindegemeinschaften 306 und 307 in der Nauagarber Straße und auf den von den Direktoren des Elternbeirats vorgelegten Plan einer Bücherausstellung zur Bekämpfung der Schundliteratur bezog, schreibt uns Rektor Ruthe von der 306. Schule:

„Die Anregung zur Bekämpfung der Schundliteratur durch Veranstaltung einer Bücherausstellung erfolgte auf Grund einer Verfügung vom 13. November 1922 des Jugendamtes Prenzlauer Berg, das überwiegend sozialistisch zusammengesetzt ist. Nicht irgendein Berleger, sondern der von dieser Behörde genannte Verlag war für die Ausstellung gewonnen. Die vom Lehrer K. gezeigten Bücher sind vom Prüfungsausschuß des Berliner Lehrervereins empfohlen und halten sich frei von jeder parteipolitischen Tendenz. Daß sich auch Schriften über Friedrich den Großen und den Krieg 1870/71 darunter befinden, ist pädagogisch selbstverständlich. Mit sieben gegen sechs Stimmen wurde die ganze Ausstellung abgelehnt, obwohl es doch den Eltern völlig freistand, unter den ausgetragten Büchern die ihnen zuzugende Wahl zu treffen. Nach dieser Abstimmung verlies die Lehrerschaft beider Schulen die Sitzung, weil sie sich durch den Vorwurf parteipolitischer und antirepublikanischer Einstellung zur Frage der Schundliteratur mit Recht beleidigt fühlten mußte.“

Die Liebestragödie auf der Burgüne Rosenbergs. In der Neujahrsnacht wurde, wie wir berichteten, die Tochter eines Hotelbesizers aus Frankfurt a. d. O. auf der Ruine Rosenbergs in Westfalen erschossen aufgefunden. Das Mädchen war von dem Kaufmannslehrling Albert Vagedni aus Duisburg, der wegen einer Unterschlagung von 800 000 M. bereits gesucht wurde, entführt worden. Dieser hatte es auf der Ruine erschossen und war seitdem flüchtig. Seine Spur führte nach Berlin. Das Polizeiamt Prenzlauer Berg schandete auf ihn und benachrichtigte auch die auswärtigen Behörden. Jetzt gelang es, Vagedni in Frankfurt a. M. festzunehmen. Er wird wegen der Unterschlagung, die er bei seinem Unfakt in der Landsberger Allee verübte, zunächst nach Berlin gebracht werden.

Einen Fonds zum Besten der Ruhrbevölkerung wollen die Potsdamer Kaffeehausbesitzer schaffen, indem sie am heutigen Sonntag in ihren Lokalen einen Eintritt von 50 bzw. 100 M. erheben. Es soll durch Vorträge in den betreffenden Lokalen der Bedeutung des Tages gedacht werden.

Die Milchlieferung. Von Montag, den 15. Januar, ab beträgt, wie bereits mitgeteilt, der Preis für Vollmilch 244 M. je Liter, für in Berlin gewonnene Magermilch 144 M., für nach Berlin eingeführte Magermilch 94 M. je Liter. Die A-Milchkarren werden wie bisher mit je 1/4 Liter, die C-Milchkarren sowie die Karren für werdende Mütter (E-Karren) wie bisher mit je 1/2 Liter Vollmilch täglich beliefert.

Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin. Heute nachmittags 3 Uhr Theatervorstellung im Kinen Theater am Zoo. — Nachmittags 3 1/2 Uhr im großen Saal der Philharmonie, Bernburger Straße, 4. Konzert, „Russische Raft“, 1. Serie, gelbe Karten. Es wird ein Zuschlag von 60 M. pro Karte erhoben. Einzelkarten zum Preise von 120 M. pro Stück sind an der Kasse zu haben. — Die Obliegen der Bezirksbildungsausschüsse werden gebeten, die Theater- und Opernkarten für den Monat Februar abzugeben. — Der Lehrplan der Arbeiterbildungsschule für das Quartal Januar/März 1923 ist erschienen und zum Preise von 10 M. bei den Obliegen der Bezirksbildungsausschüsse und im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2. Tr., Zimmer 8, zu haben.

Der Verein für Arbeiterunterrichtskurse (V.A.) eröffnet am 18. Januar neue Kurse in Deutsch und Rechnen. Anmeldung und Unterrichtsplan abends 7-9 Uhr in der Kleinkir. 43 Donnerstags, den 18. Jan., Niederwallstr. 12 Donnerstags, d. 18. Jan., Altpstr. 25a Freitag, d. 19. Jan., Rentöan, Rößler-Friedrich-Str. 28-30 Freitag, den 19. Jan., Völkering, Ralshausstr. 8 Donnerstags, den 18. Jan. Übergabe für 10 Abende 100 M.

Verlegung der Sport-Palast-Rennen. Das für Sonntag, den 14. Januar, angesetzte 1000 Kilometer-Mannschaftsrennen ist des nationalen Trauertages wegen von der Direktion des Sport-Palastes auf Dienstag, den 16. Januar, abends 7,30 Uhr, verlegt worden.

In der Scala bieten heute Abends die drei Adons in ihren halbbrecherischen Epologationen am schwanenden Raft. Desgleichen die fünf

